Morgen-Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Posen außer in der Expedition dieser Zeitung (Wilhelmstr. 17) bei C. H. Ulrici & Co. Breitestraße 14, in Gnesen bei Th. Spindler, in Grätz bei L. Streisand, in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus. In Berlin, Breslau, Dresden, Frankfurt a. M., Hamburg, Leipzig, München, Stettin, Stuttgart, Wien: bei G. L. Daube & Co., Haasenstein & Vogler, Rudolph Mosse. In Berlin, Dresden, Görlitz beim „Invalidendank".

Nr. 103.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 10. Februar.

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Das Zentrum und die Kirchenvorlage.

Die ungemein feindselige und schroffe Haltung, welche die Redner des Zentrums gegen die kirchenpolitische Vorlage angenommen, ist allgemein aufgefallen. Man hatte es in diesem Maße nicht erwartet. Fast klang es aus diesen Reden wieder, wie in den Tagen der Blüthe des Kulturkampfes; selbst an persönlichen Gehässigkeiten gegen den Reichskanzler, gegen Herrn Falk fehlte es nicht. Wollte die Partei sich für eine spätere Verständigung noch eine Thür offen halten, so hat sie sich den Zugang zu derselben mindestens sehr erschwert. Wenn die Zentrumspartei wirklich an der bestimmt ausgesprochenen Erklärung, daß sie diskretionäre Vollmachten überhaupt nicht will, festhält und an Stelle der Vorlage etwas Grundverschiedenes, nämlich die dauernde und organische Revision der Maigesetzgebung setzen will, so wäre bei der Stellung, die andererseits wieder die Regierung einnimmt, an eine Verständigung schwerlich mehr zu denken, und der neue gesetzgeberische Anlauf würde mit einem vollständig negativen Resultat endigen. Denn daß an eine andere als eine konservativ-klerikale Majorität nicht zu denken ist, steht ganz fest. Man ist heute überwiegend — so erklärt wenigstens die „N. L. C." — der Ansicht, es werde zu diesem negativen Resultat kommen, das Zentrum sei nicht mehr geneigt, sich auf den Boden der Vorlage zu stellen, und habe nicht mehr den Glauben, etwas vom ultramontanen Standpunkt Annehmbares aus dem Entwurf machen zu können. Indessen das letzte Wort ist auf alle Fälle noch nicht gesprochen, und die vielgewandte Partei würde wohl auch aus einer ohne Noth allzu weit vorgeschobenen Position den Rückzug wiederfinden können. Das Gesetz gewährt unter einer wohlwollenden Verwaltung, wie die gegenwärtige ist, ohne Zweifel doch sehr bedeutende Erleichterungen im „Kulturkampf" und giebt Zeit zu weiteren Verhandlungen und Verständigungsversuchen, während ein vollständiges Scheitern des vorliegenden Entwurfs dem ganzen Friedensgeschäft einen bedenklichen Stoß versetzen, die Regierung von weiteren Ausgleichsbemühungen abschrecken und die öffentliche Meinung auch im katholischen Volke zu Ungunsten der ultramontanen Parteiführer umstimmen könnte. Diese Erwägungen werden beim Zentrum ohne Zweifel schließlich noch einmal ernstlich zur Geltung kommen. Ob sie den Ausschlag zu Gunsten des Zustandekommens des Gesetzes geben werden, müssen wir dahingestellt sein lassen. Zur Aufklärung über das weitere Schicksal der Vorlage hat die Generaldebatte über Erwarten wenig beigetragen.

Reaktions-Symptome.

Die „Lib. Korresp.", das Parteiorgan der Sezessionisten, bringt folgende auffallende Mittheilung: „Seit voriger Woche empfingen wir in unserem Bureau fast täglich Besuche eines Kommissarius der hiesigen politischen Polizei, der uns — wie wir gern anerkennen, mit großer Höflichkeit — allerlei Fragen vorlegte und nach allerlei recherchirte, und wir sind den an uns gestellten Wünschen, so weit thunlich, entgegengekommen. Als vorsichtige Leute haben wir es aber doch heute früh für gerathen gefunden, in Ermangelung eines geeigneteren Apparates den Ofen zur Veranstaltung eines kleinen Autodafé zu benutzen, durch welches wir Alles bis auf die letzte Spur dem Feuertode opferten, was auch nur entfernt die Wißbegier zu reizen vermöchte, und es wäre vielleicht gut, wenn sich Mancher ein Exempel daran nähme." Die „Lib. Korresp." macht zu obiger Mittheilung folgende Bemerkungen: „Als ruhige Staatsbürger, welche den Gesetzen die gebührende Achtung entgegenbringen, ist uns Derartiges, wie wir oben gemeldet, bisher nicht passirt, woraus wir schließen, daß die Zeiten sich geändert haben. Auch die Nachrichten, welche uns sonst zugehen, stimmen darin überein, daß in den verschiedensten Ressorts in den jüngsten Tagen ein verstärkter Druck verspürt wird. Alle Wahrnehmungen befestigen uns aber in der tröstlichen Ueberzeugung, daß unsere Gegner in den letzten zwanzig Jahren nichts gelernt und nichts vergessen haben. Trotz aller ihrer Versuche, durch eine kunstvolle Statistik sich die letzten Reichstagswahlen zu ihren Gunsten auszulegen, konnten sie es doch nicht verbergen, daß sie durch das Resultat derselben unangenehm überrascht worden sind. Wir sind überzeugt, daß die nächsten Wahlen ihnen noch größere Ueberraschungen bringen werden. Die Mittel, welche sie anwenden, könnten vielleicht in Frankreich oder sonstwo den erhofften Erfolg haben; bei uns aber bewirken sie eher das Gegentheil; denn im Grunde genommen sind es doch die alten kleinlichen Mittel, welche schon in den Sechsziger Jahren anstatt eines gefügigeren ein immer oppositionelleres Abgeordnetenhaus erzeugten. Viel Vertrauen setzen wir auf Herrn v. Puttkamer. Bei den Wahlen von 1878 waren, nach übereinstimmenden Mittheilungen aus den verschiedensten Landestheilen, die Lehrer in den preußischen Provinzen trotz dessen, was in der Zeit der „liberalen Gesetzgebung" für sie geschehen, zum größten Theile in das konservative Lager übergegangen. Herrn v. Puttkamer ist es in kurzer Zeit gelungen, sie auf das Gründlichste von konservativen Neigungen zu kuriren. Als Minister des Innern steht ihm nun ein viel weiteres Feld zur Thätigkeit in derselben Richtung offen, und es scheint uns, als ob er dasselbe mit gewohntem Geschick ausgiebig zu benutzen gedächte. Auch wo man sonst sich vielleicht in freier Ueberzeugung der jetzigen Politik anschließen würde, wird man durch die angewandten Mittel abgestoßen. Also nur immer zu, ihr Herren, heraus mit den alten Zwangswaffen; das deutsche Volk wird zu rechter Zeit die Antwort nicht schuldig bleiben."

Der Lohnschreiber.

Es giebt wohl in dem Heere von Beamten im Staate keinen, der pflichtgetreuer seine Dienstobliegenheiten verrichten muß, wie der nicht etatsmäßige Kanzlist bei Gericht, gewöhnlich genannt „Lohn- oder Bogenschreiber". Täglich fesseln ihn 9, 10 oder auch 11 Stunden an den Schreibtisch, um monatlich einige 60, 70 oder 80 Mark, oder bei außerordentlichem Fleiß auch 90 Mark ins Verdienen zu bringen. Das amerikanische Sprichwort: „Zeit ist Geld" findet auf ihn volle Anwendung, denn er wird nur für diejenigen Worte besoldet, welche er thatsächlich zu Papier befördert. Ihm genügen nicht, wie den übrigen Beamten, die vorgeschriebenen Dienststunden, er ist auch gezwungen, außerdienstlich noch mehrere Stunden der Arbeit zu widmen. Der Laie sagt von ihm gewöhnlich: „er hat ja nur zu schreiben", berechnet dabei aber nicht die Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten, mit denen der Lohnschreiber zu kämpfen hat. Ergreift er zur Arbeit die selbstgekaufte Feder — denn die Behörde liefert ihm keine — so muß er sich häufig erst mit den unleserlichen Handschriften seiner Dezernenten quälen, um sie entziffert zu Papier zu bringen, weil der betreffende Bureauvorsteher vielleicht entweder zu bequem oder zu ohnmächtig ist, dem Lohnschreiber eine Verfügung des Richters zu expediren. Manche Adresse, mancher Wohnort der Parteien oder Zeugen muß der Lohnschreiber sich erst aus den Akten hervorsuchen und für diese Zeitversäumniß erhält er von der Behörde — nichts, nur, wie schon erwähnt, das thatsächlich Geschriebene wird bezahlt und diese thatsächlich geschriebenen Worte werden von dem abzufertigenden Beamten mit einer Genauigkeit und Gewissenhaftigkeit abgeschätzt, wie sie bei seinen eigenen Arbeiten niemals zu finden ist.

Die Stelle eines Lohnschreibers bei Gericht ist aber auch keine so unwesentliche. Der dekretirende Richter, der in mundo expedirende Lohnschreiber und der Vollziehungs-Beamte bilden die Triebfedern eines ganzen Gerichts. Viele Stellen der Subalternbeamten dürften leicht, wie bei der Telegraphie, durch weibliches Personal zu versehen sein. Mancher Lohnschreiber ist Familienvater und lebt häufig bei seinem kargen Verdienste in sehr gedrückten Verhältnissen. Trotzdem lauten aber die Bescheide auf Gesuche um Erleichterung dieser traurigen Lage gewöhnlich wie nach Formular:

„Es liegt keine Veranlassung vor, Ihr Gesuch zu berücksichtigen" oder „es sind keine Fonds zur Unterstützung vorhanden".

Obgleich die Schreibgebühren für das Publikum — 40 Pf. für den Bogen — nicht gering sind, so erhält der Lohnschreiber als höchsten Satz doch nur 28 Pf. und die früheren Gratifikationen sind für den Lohnschreiber schon seit Jahren vollständig verschwunden.

Die beste und schönste Zeit im Leben des Lohnschreibers bilden die zwei volle Monate dauernden Ferien. Da er bei seinem kargen Verdienste Ersparnisse nicht machen kann und die Arbeit während der Ferien bedeutend schwächer wird, oft sogar wochenlang strikt, so ist sein Verdienst auch ein sehr geringer, ja er ist gezwungen, falls ihm noch Kredit gewährt wird, Schulden zu kontrahiren oder — mit der Familie Hunger zu leiden, während andere Beamte während der Ferienzeit Lust- oder Badereisen unternehmen und ihr Gehalt während dieser Zeit bestehen bleibt. Ein gleiches Loos trifft den Lohnschreiber in Krankheitsfällen.

Das schönste und beste Loos erwartet aber den Lohnschreiber am Ende seiner Laufbahn. Wenn derselbe nämlich zwanzig hintereinanderfolgende Jahre, also mehr denn ein halbes Menschenalter bei Gericht beschäftigt gewesen ist und mithin die besten Jahre seines Lebens daselbst zugebracht und seine Gesundheit während dieser Zeit durch das fortwährende Sitzen zerrüttet worden ist, dann offerirt ihm der Staat nach den neuesten Bestimmungen des Justizministeriums eine Pension von unbestimmter Höhe vielleicht 30 oder 40 Mark, aber auch nur dann erst, wenn der zwanzigjährig im königlichen Dienste beschäftigte Lohnschreiber vollständig arbeitsunfähig, also entweder erblindet oder erlahmt ist. Wird er aber z. B. mit dem achtzehnten Dienstalter arbeitsunfähig, so „kann der Mohr gehen, denn er hat seine Schuldigkeit gethan", oder mit anderen Worten: die alte Maschine ist unbrauchbar geworden, wird bei Seite geworfen und durch eine neue ersetzt. Finis coronat opus.

Nicht uninteressant dürfte es schließlich sein, eines Vorfalls zu erwähnen, wie die Göttin der Gerechtigkeit ihre Jünger schützt: Im Laufe des Jahres 1874 wurden die Kanzlei-Gehilfen des früheren Kreisgerichts W., gestützt auf einen Erlaß des Justizministers, wonach älteren und brauchbaren Schreibern die bisherigen Kopialiensätze von 2 Sgr. pro Bogen auf 2½ Sgr. und sogar bis zu einem Maximum von 3 Sgr. unter vorzugsweiser Berücksichtigung der lokalen Theuerungsverhältnisse selbst auf die Gefahr hin einer Ueberschreitung des dazu ausgesetzten Fonds erhöht werden könnten, beim Direktorium mit der Bitte vorstellig, auch ihre Kopialiensätze — die niedrigsten im ganzen Departement — zu erhöhen. Wider Erwarten wurden sie von dem damaligen Direktor, einem echten frommen Sohne Roms, mit ihrem desfallgen Gesuche abgewiesen und bedeutet, daß ihr Verdienst — durchschnittlich einige 20 Thaler — vollständig hinreiche, sie mit ihren Familien zu ernähren, zumal für sie keine Theuerung am Orte existire. Eine in Folge dieses Bescheides an das Appellationsgericht in Bromberg gerichtete Beschwerde mußte selbstverständlich dasselbe Resultat haben. Nun aber wendeten sich die Petenten an Se. Excellenz den Justiz-Minister, als dem Schöpfer des Eingangs erwähnten Erlasses, in dem vollen Vertrauen, dort Erhörung ihrer Bitte zu finden, aber auch hier vernichtete wiederum ein erforderter bogenlanger Bericht des Direktors die Hoffnungen der armen Skribenten, welche sich jetzt in ihrem Unmuthe zu einer kleinen „Strike" veranlaßt sahen, welche sie jedoch bald wieder einstellten, weil man ihnen mit 5 Thaler Ordnungsstrafe oder Entlassung drohte.

Ein Glück, daß das Institut der nicht etatsmäßigen Lohnschreiber seiner allmäligen Auflösung entgegengeht, denn bei dem jetzt abgekürzten Verfahren und den enorm hohen Gerichts- und Gerichtsvollzieherkosten scheut das Publikum jede Rechtsstreitigkeit, und dadurch dürfte wohl ein Arbeitsmangel eintreten, welcher den Lohnschreiber zwingt, der heiligen Justitia den Rücken zu kehren, und neue jugendliche Kräfte dürften sich dann wohl schwer finden, welche sich entschließen könnten, eine Lebensbeschäftigung zu wählen, die so wenig lohnend ist.

. . . . r.

[Ueber die Zunahme der Bevölkerung und die Auswanderung im deutschen Reiche] schreibt die „N. A. Z.":

Die Zunahme der Bevölkerung des deutschen Reichs läßt sich nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen statistischen Amts über die Ergebnisse der Volkszählung einerseits und die Ergebnisse der Registrirung der Geburten und Sterbefälle andererseits für die zwischen den drei bisher im Reiche angestellten Volkszählungen von 1871, 1875 und 1880 liegenden Jahre darauf untersuchen, wie weit sie durch die sogenannte natürliche oder innere Bevölkerungsbewegung, d. i. das Verhältniß von Geburten und Sterbefällen, wie weit durch die örtliche oder äußere Bevölkerungsbewegung, d. i. das Verhältniß der Zugänge zu den Fortzügen, herbeigeführt wurde.

Die Bevölkerung des Reichs betrug am 1. Dezember

1871: 41,058,792,
1875: 42,727,372,
1880: 45,234,061.

Demnach belief sich die wirkliche Vermehrung der Bevölkerung von Ende 1871 bis Ende 1880 auf 4,175,269 oder im Durchschnitt der 9 Jahre auf 463,918 Köpfe jährlich. In demselben Zeitraume aber wurden in Deutschland 4,876,200 Menschen mehr geboren, als durch den Tod abgingen; die jährliche Zunahme durch den Geburten-Ueberschuß betrug demnach 541,800. Die wirkliche Vermehrung blieb also hinter der natürlichen zurück, d. h. es fand ein Ueberwiegen der Fortzüge über die Zuzüge und den Geburtenüberschuß statt. Diese Mehrauswanderung betrug in den 9 Jahren 700,931 Köpfe oder 76,770 durchschnittlich jährlich. Von derselben treffen nachweisbar 517,587 auf die überseeische Auswanderung. Da aber vollständige Nachweise der über See gegangenen Deutschen nur aus den Häfen Bremen, Hamburg, Stettin und Antwerpen vorliegen und auch die (freilich nicht ganz vertrauenswürdigen) Nachrichten über die Auswanderung Deutscher in den überseeischen Staaten höhere Zahlen angeben, so mag die Auswanderung Deutscher nach außereuropäischen Ländern, aus denen nur geringe Einwanderung oder Rückwirkung zu uns kommt, nahezu den ganzen oben angegebenen Bevölkerungsverlust von 700,000 Köpfen erreichen. Die Einwanderung aus und die Auswanderung nach anderen Ländern, d. h. also unser Bevölkerungsaustausch mit europäischen Staaten, mag sich der Zahl nach ungefähr ausgleichen, der Qualität nach freilich sind wir auch hierbei der verlierende Theil, da wir im Osten mit den noch auf niedrigerer Kulturstufe stehenden slawischen Ländern zu tauschen haben, vielleicht auch mehr nach Westen abgeben und von Osten dafür mehr empfangen.

Wie man sieht, war aber der Bevölkerungsverlust durch den Ueberschuß der Fortzüge über die Zuzüge bisher nicht vermögend, die rasche Volkszunahme wesentlich zu hemmen. In jüngster Zeit mag dies aber einigermaßen eingetreten sein. Wenn man nämlich daran festhalten darf, daß die Zahl der deutschen überseeischen Auswanderer ungefähr den Betrag unseres dauernden jährlichen Bevölkerungsverlustes überhaupt darstellt, so betrug dieser im Jahre 1880 mindestens 106,190 (dies war die Zahl der amtlich nachweisbaren überseeischen Auswanderer), dagegen zeigte im Jahre 1880 die Zahl der Geburten (1,764,000) eine Abnahme gegen die Vorjahre, und bei einer Steigerung der (absoluten) Zahl der Sterbefälle war die Summe des Geburtenüberschusses nur 522,970 (gegen 592,098 im Jahre 1879); durch die Bevölkerungsvermehrung wäre demnach durch die Auswanderung nur etwa $\frac{1}{5}$ verlangsamt worden. Für das Jahr 1881 darf man einen ungefähr gleichen Geburtenüberschuß wie für das Vorjahr, hingegen eine Verdoppelung der Zahl der Auswanderer annehmen; also gegen 523,000 Geburtenüberschuß etwa 212,000 Verlust durch Auswanderung; der Jahreszuwachs würde dann also ungefähr nur 300,000, d. i. 0,7 pCt. der Bevölkerung betragen: immer noch sehr hoch, z. B. gegen Frankreich, wo er in den letzten Jahren 0,3 pCt. war."

Deutschland.

+ **Berlin,** 8. Februar. [Zur Frage der Getreidezölle. Polemik der „Post".] Einen beachtenswerthen Beitrag zur Frage der Getreidezölle liefert der Statistiker Dr. Petermann in den „Sächsischen Volksfreunde", dem Organ der sächsischen konservativen Vereine. „Wir wissen recht gut," bemerkt er u. A., „daß die Entwerthung der Produkte unserer Bodenfläche durch die billigere und ergiebigere Produktion der neuen Welt ebenso unaufhaltsam ist, wie vor 300 Jahren die Entwerthung unserer unterirdischen Bodenschätze durch die reicheren Silberadern Amerikas. Mit der Entwerthung der Bodenprodukte geht aber die des produzirenden Bodens selbst Hand in Hand. Der Versuch, ihnen und den Waaren überhaupt bei uns künstlich einen höheren Geldwerth zu erhalten, als sie auf dem Weltmarkte haben oder, was dasselbe sagen will, den Werth der Edelmetalle in unserem Lande auf einen niedrigeren Stand herabzudrücken, würde auf die Dauer nur den Erfolg haben, gerade das herbeizuführeu, was man am allermeisten fürchtet: die Auswanderung des baaren Geldes. Aber abgesehen von diesem unmöglichen Unternehmen läßt sich gar wohl eine Staatsintervention denken, welche nur den Zweck verfolgte, die Krise etwas weniger stürmisch zu gestalten und dadurch Zeit zu gewinnen zu einer glimpflicheren Abwickelung der unvermeidlichen Liquidation. Ein zu diesem Behufe eingeführter Zoll hätte gewissermaßen die Bedeutung eines Moratoriums und wäre ganz wie dieses zu beurtheilen. Jedes Moratorium ist jedoch nur ein Interim; es bringt keine Lösung, sondern nur eine Hinausschiebung. Es ist werthlos, wenn die

Dinge am Ende auf dem nämlichen Punkte stehen, wie am Anfange. Alles Interesse konzentrirt sich mithin in der Frage: Wie soll die so gewonnene Gnadenfrist benutzt werden? Nach dieser Richtung möchte die jetzt zumeist in dem Streite um Sein oder Nichtsein des Zolles sich erschöpfende Diskussion wohl noch einer Vertiefung fähig sein." Diese Ausführung, welche nicht grade von dem Glauben an lange Dauer der Getreidezölle zeugt, erscheint in dem konservativen Organe besonders bemerkenswerth, weil sie mit dem Glauben an die Vortheile der Getreidezölle für die Landwirthschaft auch den an die Segnungen der neuen Wirthschaftspolitik in Kreisen zu erschüttern geeignet ist, welche für diese Wirthschaftspolitik so warm eingetreten sind, weil sie von ihr sichere Vortheile für die Landwirthschaft erwarteten. — Die „Post" wendet mit Bezug auf die „Liberale Vereinigung" als eins der ihr geläufigsten Schmeichelworte den Ausdruck „freihändlerische Schacherpolitik" an; wir wüßten aber nicht, daß unsere Freunde dabei gewesen wären, als das Haus der deutschen Volksvertretung zum Markte herabgewürdigt war, in dessen Winkeln so und so viele Pfennige Kornzölle gegen so und so viele Pfennige Eisenzölle gehandelt wurden. Als zur Zeit des Zulukrieges irgendwo die Nachricht auftauchte, daß an der Küste von Mozambique ein angeblich englisches Schiff mit alten Flinten gesehen worden sei, die vielleicht für die Zulus bestimmt seien, da brachte die „Post" sogleich einen Leitartikel, in welchem sie mit dem ihr eigenen Scharfsinn bewies, daß der Freihandel zum Vaterlandsverrath führe. Daß das Gerücht, auf welches die „Post" ihre verleumderischen Schlüsse baute, durch Thatsachen irgend welche Bestätigung gefunden habe, ist weder von der „Post" noch von sonst Jemanden mitgetheilt worden.

▭ **Berlin,** 8. Februar. [Abgeordnetenhaus. Frühjahrs-Session des Reichstags.] Der Verlauf der heutigen Abgeordnetenhaus-Sitzung entsprach nicht der Hoffnung derjenigen, die da meinten, man würde aus der ersten Berathung des kirchenpolitischen Gesetzes schon über dessen Endschicksal genau unterrichtet werden. Das ist nicht der Fall, da namentlich das Zentrum, fortschrittlicher Provokationen ungeachtet, es nach wie vor dunkel ließ, ob es sich nicht trotz alledem und alledem für das Gesetz mit den diskretionären Vollmachten entscheiden könnte, sofern neben besonderen Zugeständnissen jene Vollmachten anders formulirt oder im Inhalte etwas verändert würden. Während gestern neben Zentrum und Polen nur Konservative zu Wort kamen, sprachen heute je ein Nationalliberaler, Pole und Zentrumsmann, zwei Fortschrittsmänner und drei Deutschkonservative. Von letzteren hatten die beiden ersten Redner, der feudalkonservative Landrath Meyer-Arnswalde und der christlich-soziale Zuchthaus-Direktor Strosser, ihren ganz besonderen Standpunkt; Strosser namentlich trieb es in seiner drastischen Rede im Unteroffiziersstyl und Feldwebelton so weit, daß die Deutschkonservativen gut fanden, noch einen fünften Redner, den Verwaltungsgerichts-Direktor v. Liebermann, ins Feld zu senden, damit dieser feierlich erkläre, nicht von Meyer und Strosser, sondern die gestrigen Redner von Holtz und Graf Limburg-Stirum verträten den Standpunkt der großen Mehrheit der Fraktion, deren Wähler verlangten, daß sie dem Fürsten Bismarck beistünden, — also doch wohl zuletzt demselben durch Dick und Dünn, wenn es sein müßte selbst nach Canossa, nachfolgten. Daß die Nationalliberalen den Dr. Gneist, also den in den Augen des Zentrums am meisten mit dem „Kulturkampf" verwachsenen Politiker, zum Fraktionsredner bestimmt hatten, kennzeichnete die Stellung der Fraktion. Die Sezession enthielt sich ganz des Redens. So fiel denn der Schwerpunkt der Verhandlung in die Reden der fortschrittlichen Abgg. Virchow und Richter. Während ersterer die frühere Stellung der Parteien und das alte fortschrittliche Programm der schließlichen Beendigung des Kulturkampfs durch Herstellung der Gemeindefreiheit aller religiösen Vereinigungen mittelst gemeinschaftlichen Staatsgesetzes behandelte und daneben nur oberflächlich oder andeutungsweise die besondere Stellung der Fortschrittspartei zu der Revision der Maigesetze auf Grund der einstimmigen Fraktionsbeschlüsse besprach, ging Richter vorzugsweise auf diese ein und entwickelte, in welchen Punkten und nach welcher Richtung hin die Fortschrittspartei an sich bereit sei, zu geeigneter Zeit durch selbständige Anträge die Maigesetze dergestalt abzuändern, daß auch das Zentrum sich damit vorläufig zufrieden erklären könnte. Die taktische Situation bedinge es, daß die kleine Phalanx der Fortschrittspartei, welche auf erhebliche Vergrößerung hoffe, vor der Hand die Anträge nicht einbringen, da noch dazu innerhalb der Zentrumspartei selbst erst Klärung erfolgen müsse. Dieser Theil der Richterschen Rede, ebenso wie seine Auseinandersetzung über die Spekulation des Reichskanzlers, daß von Rom aus die Zentrumspartei auch zu gewissen politischen Konzessionen gedrängt werden würde, machten auf die Klerikalen augenscheinlich tiefen Eindruck; auch Windthorst der diesen Eindruck abzuschwächen suchte, konnte nicht umhin, auszusprechen, daß „einzelne sehr beachtungswerthe Momente" hervorgehoben seien, und daß die von Richter motivirte Fraktionsmeinung über das Einspruchsrecht „die allersorgfältigste Erwägung" verdiene. Auf eine deutliche Darlegung des Entschlusses der Zentrumsfraktion selbst ließ sich Windthorst nicht ein; er „konstatirte" nur „vor Europa, daß die preußische Regierung keinen Frieden machen will". Inzwischen schreibt die offiziöse Presse, daß die Möglichkeit eine Frühjahrssession des Reichstags, — und damit also eine nachfolgende Auflösung desselben nicht ausgeschlossen sei! — Tabaksmonopol und Unfallversicherungsgesetz heißt es, seien zur Vorlegung an den Reichstag bereit. Die Dauer der Landtagssession, die ganz gewiß bis in den Mai hinein währt, dürfte aber gegen diese Frühjahrssession ein unüberwindliches Veto einlegen.

— In der „N. Z." lesen wir: Die auffallende Beharrlichkeit, womit die „Provinzial-Korrespondenz" auf den königlichen Erlaß vom 4. Januar zurückkommt und das fortgesetzte Bestreben derselben, die wenig übereinstimmenden Erklärungen des Fürsten Bismarck und des Ministers v. Puttkamer in Uebereinstimmung zu bringen, wird in parlamentarischen Kreisen vielfach kommentirt. Man greift dabei auf die Entstehungsgeschichte des Erlasses zurück und will wissen, daß der Kaiser zuerst von dem Fürsten Bismarck die Redaktion eines Erlasses verlangt habe, sodann auch von dem Staatsminister v. Puttkamer einen Entwurf habe ausarbeiten lassen und sei dieser letztere Entwurf von dem Kaiser als Grundlage adoptirt und nach geschehener Revision durch den Fürsten Bismarck veröffentlicht worden. In Folge dieser Entstehungsgeschichte wäre dann die Verschiedenheit der Auslegung eingetreten. Wir enthalten uns so intimen Vorgängen gegenüber jedes Urtheils über die Richtigkeit dieser Version, wenn dieselbe auch von sonst gut orientirter Seite als richtig fest gehalten wird. Die publizistischen Bemühungen der „Provinzial-Korrespondenz" können dieselbe aber nur an Glaubwürdigkeit gewinnen lassen.

— Eine offiziöse, von unserem berliner ▭-Korr. erwähnte Mittheilung sagt, daß die Frage, ob der Reichstag zu einer Frühjahrs-Session berufen werden solle, noch immer nicht endgiltig entschieden zu sein scheine, und fährt dann fort:

An Arbeiten würde es freilich nach Allem, was man von unterrichteter Seite über die vorbereitende Thätigkeit der Reichsbehörden für die künftige Legislatur erfährt, wahrscheinlich nicht fehlen: der Gesetzentwurf über das Tabaksmonopol soll fertig gestellt sein und die Vorarbeiten für den neuen Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes sollen sich in einem Stadium befinden, welches als möglich erscheinen läßt, daß der Entwurf in einer Frühjahrs-Session des Reichstags, deren Beginn allerdings erst im Mai gedacht werden dürfte, wohl zur Vorlage gelangen könnte. Indeß hängt die Entscheidung über eine Session nicht allein davon ab, ob die in Aussicht genommenen Vorlagen rechtzeitig fertig gestellt werden können. Abgesehen von anderen zuvor zu erledigenden Fragen wird auch diejenige nicht ganz ohne Einfluß sein, ob es dem preußischen Landtage gelingen wird, seine mit den wichtigsten gesetzgeberischen Arbeiten befaßte Session zeitig genug zu beendigen, so daß ein gleichzeitiges Tagen beider parlamentarischen Körperschaften zu vermeiden wäre. Allem Anscheine nach aber dürfte die Landtagssession sich ziemlich tief ins Frühjahr hineinziehen. Jedenfalls wird man nicht behaupten können, daß die Berufung des Reichstags im Frühjahr neuerdings wahrscheinlicher geworden wäre. Sollte sie indeß doch erfolgen, so würde der Entwurf des Unfallversicherungs-Gesetzes jedenfalls, ohne erst die Ergebnisse der Berufsstatistik abwarten zu können, vorgelegt werden müssen. Was letztere betrifft, so liegt das betreffende Gesetz, wie wir hören, gegenwärtig dem Kaiser zur Vollziehung vor, die voraussichtlich in diesen Tagen erfolgen wird. Die Instruktionen und Schemata für die statistische Aufnahme sind im Entwurf bereits fertig und werden in den nächsten Tagen die Ausschüsse des Bundesraths beschäftigen.

In erster Linie wird die Entscheidung über eine Frühjahrssession wohl von der Stellung abhängen, welche das Zentrum der Regierung gegenüber in der Landtagssession einnehmen wird.

— Einen Artikel „Die Eisenbahnen und der Staat" schließt die „Prov.-Korresp." mit folgendem Satze:

„Die Eisenbahnen sind viel mehr für den Dienst des Verkehrs als für den Dienst der Finanzen bestimmt". Diese Worte des Reichskanzlers bilden die Seele des Umwandlungsprozesses, den der preußische Staat begonnen. Ihn durchzuführen, nicht aber auf halbem Wege stehen zu bleiben, ist die Aufgabe, deren Erfüllung die Thätigkeit des gegenwärtigen Landtags zu einer für das Vaterland hoch ersprießlichen und für immer segensreichen machen wird.

Es bleibt nun abzuwarten, ob die obige, für ein Staatsbahnsystem so richtige Maxime sich wirklich als die leitende herausstellen wird.

— Die geschäftlichen Dispositionen im Abgeordnetenhause sind vorläufig dahin getroffen, daß zunächst die sämmtlichen noch rückständigen ersten Lesungen erledigt werden, was noch mehrere Tage in Anspruch nehmen dürfte. Mitte nächster Woche wird alsdann die zweite Etatsberathung beginnen, doch wird es sich nothwendig erweisen, öfters durch Aussetzung der Sitzungen den Kommissionen freie Zeit zu lassen.

— In Abgeordnetenkreisen verlautete heute, daß der Reichskanzler nach den gestrigen heftigen Reden der beiden Zentrumsmitglieder wiederholt erklärt habe, daß im jetzigen Stadium der Verhandlungen die Regierung ein Gesetz, welches definitiv die Maigesetze abändert, nicht acceptiren würde, sondern auf dem Boden der diskretionären Vollmachten fest stehen bleibe. Wie der „N. Z." berichtet wird, soll Seitens des Zentrums in der Kommission außer dem Antrag auf straflose Gestattung des Messelesens und der Sakramentenspendung auch neben anderem der auf Aufhebung des Sperrgesetzes eingebracht werden.

— Die Regierung soll bereit sein, dem Beschluß der Herrenhaus-Kommission zuzustimmen, wonach die Bestimmungen des Gesetzes, betreffend die Fürsorge für die Hinterbliebenen unmittelbarer Staatsbeamten auch auf die Lehrer an den höheren Unterrichts-Anstalten Anwendung finden sollen.

— Ueber den Prozeß wegen Bismarck-Beleidigung, der gegen Professor Mommsen auf Antrag des Kanzlers anhängig gemacht worden ist, erfährt man, daß es sich um eine Aeußerung handelt, die der berühmte Gelehrte gelegentlich der Generalversammlung des Vereins der Fortschrittspartei des Kreises

---

Im Unglück stark.

Roman nach dem Englischen frei bearbeitet von

G. Sternau.

(23. Fortsetzung.)

Mit Tagesanbruch schlief sie endlich ein. Ein leichtes Klopfen auf die Wand, welche ihr Zimmer von dem, in welchem Miß Shaldon schlief, trennte, weckte sie.

„Es ist sechs Uhr, Flora," rief Miß Shaldon ihr zu. „Wollen Sie mit mir kommen oder noch etwas ruhen. Ich will einen Spaziergang im Walde machen."

„Ich werde mit Ihnen gehen," erwiderte Flora.

Es war zwar heller Tag und jede Ursache zur Furcht verschwunden, indessen scheute Flora es dennoch, mit Mrs. Graves allein zu bleiben. Sie war nur zu froh, Helene begleiten zu können und kleidete sich rasch an, als ihr der alten Haushälterin Warnung einfiel, das Haus nicht zu verlassen. Würde sie nicht dazu beitragen, Helene zu verrathen, wenn sie ihr dieselbe verschwieg und sie auf ihrem Spaziergange begleitete? Das war kaum anzunehmen, denn Mrs. Graves fürchtete nur Valentin Merrick, und dieser war ein Langschläfer und überließ das frühe Aufstehen anderen Leuten.

Sie waren schon angekleidet, als Helene Shaldon auf die Thürklinke drückte und fand, daß die Thür von innen verschlossen war.

„Aha, Flora," sagte sie lächelnd, nachdem diese sie eingelassen. „Nachdem ich hinaus war, war auch Ihr Muth dahin und Sie verriegelten die Thür."

„Ja, ich hielt es für angemessen," versetzte Flora ruhig.

„Ich beneidete Sie gestern Abend um Ihre Herzhaftigkeit; ich dachte daran, welch' ein muthiges, starkes Mädchen Sie seien, ganz dazu geschaffen, um den Kampf mit der Welt aufzunehmen," sagte Helene, sie fast bedauernd ansehend, „und trotz alledem sind Sie vielleicht ebenso furchtsam wie ich."

„Ich hörte Geräusch im Hause," sagte Flora.

„Wahrscheinlich hörten Sie mich im Schlafe seufzen. Meine treue Freundin sagt mir, daß dies meine beständige Gewohnheit sei. Träumen Sie viel?" fragte sie fast unwillkürlich.

„Zuweilen."

„Ich bin eine schreckliche Träumerin, fast eine Märtyrin meiner Träume," sagte sie schaudernd.

„Das ist eine Folge Ihres einsamen Lebens," bemerkte Flora.

„Das kann wohl sein. Wir wollen uns recht leise hinunterschleichen, um Mrs. Graves nicht zu wecken. Ihr ist Ruhe nöthig."

Wieder war Flora im Begriff, Helene das Abenteuer der vergangenen Nacht zu erzählen, aber sie besann sich. Mrs. Graves würde ihr ja sicher Alles mittheilen, und wenn nicht, wozu sollte sie Miß Shaldon beunruhigen? Sie wollte das Geheimniß, wenn es wirklich ein Geheimniß war, das ihr vor wenigen Stunden verrathen worden, sicher bewahren. Das arme Mädchen hatte ja schon genug Sorgen, auch ohne ihre Einmischung.

Sie verließen das Haus und vertieften sich bald in das dichte Gehölz, das die Besitzung umgab. Es war ein herrlicher Sommermorgen, voller Sonnenschein. Der Glanz des Tages hatte die trüben Wolken verscheucht, welche über Weddercombe lagerten. In dem beständigen Wechsel der Schatten und Lichter auf ihrem Wege, in dem goldigen Schein, der das Laub der Bäume durchschimmerte, in den mannichfaltigen Färbungen und Tinten der Bäume und Sträucher lag mehr Schönheit als Melancholie. An jenem Junimorgen gewährte Weddercombe einen so freundlichen Anblick, daß man wohl den Wunsch hegen konnte, für immer dort zu wohnen, um jenen Frieden zu finden, den Helene Shaldon, wie sie selbst eingestanden, suchte.

„Sie sehen," sagte Helene, „daß ich mich hier bald glücklich fühlen werde. Ich gehe meinen kleinen Liebhabereien ungestört nach und bin zufrieden in meiner Abgeschlossenheit, die meinem Geschmack und meiner Gesundheit besser zusagt, als das Geräusch des geselligen Lebens. Ich liebe Weddercombe schon jetzt und es würde mir leid thun, es verlassen zu müssen."

„Nichts könnte Sie auch wohl dazu veranlassen als Ihr eigener Wunsch nach einer Veränderung," versetzte Flora.

„Vielleicht. Aber ein großes Unglück, ein schmerzlicher Verlust könnte mich den Ort verlassen lehren. Wie ein Feigling bin ich stets den Orten entflohen, wo mir Kummer drohte."

„Sie sind leicht empfänglich."

„Ja! Eben deshalb ziehe ich mich auch von Jedermann zurück," erwiderte sie.

Helene Shaldon schien heute in ungewöhnlich froher Stimmung. Der schöne Morgen, die frische Luft, die Gewißheit, daß Mrs. Graves sich wieder besser fühle, die, wenn auch nur vorübergehende Gesellschaft eines Wesens ihres Geschlechtes und Alters, Alles das trug dazu bei, sie heiter anzuregen und die Vergangenheit zu vergessen.

Aber bald sollte ihr dieselbe wieder ins Gedächtniß zurückgerufen werden, denn plötzlich erschien Mrs. Graves an ihrer Seite. Sie trug wieder den großen gelben Strohhut, der keineswegs dazu beitrug, ihre heute mehr als gewöhnlich strengen und finsteren Züge zu verschönern.

„Sie hätten verständiger sein sollen, Helene," sagte sie halb mürrisch, halb vorwurfsvoll, „weshalb sind Sie ausgegangen?"

„Warum sollte ich denn nicht?"

Mrs. Graves warf einen Blick auf Flora, dann sagte sie:

„Es ist noch so früh und Sie sind nicht die Stärkste."

„Mache ich denn nicht immer meine Spaziergänge in früher Morgenstunde? Meine liebe, alte Freundin, warum denn heute so verdrießlich? Du bist noch nicht ganz wohl. Du hättest im Bette bleiben sollen bis zu meiner Rückkehr."

„Ich fühle mich wohl genug," versetzte Mrs. Graves kurz.

„Das freut mich zu hören."

„Ich sagte Ihnen doch in vergangener Nacht, was mich so krank gemacht," sagte Mrs. Graves. „Ich kam zu Ihnen — wo haben Sie geschlafen?" fragte sie plötzlich.

„In dem rothen Zimmer," erwiderte Helene.

„Und diese junge Dame?"

„In meinem Zimmer, Jane! Weshalb fragst Du?"

„Ich kam in vergangener Nacht in Ihr Zimmer, dann," sagte sie, sich argwöhnisch gegen Miß Andison wendend, „dann müssen Sie mich gehört haben, erinnern Sie sich dessen?"

„Ja, ich glaube," war die Antwort.

„Ich sprach eine Weile mit Ihnen und Sie antworteten

Teltow in Tempelhof gethan hat. Die Berichte über seine dortige Rede, wie sie seiner Zeit von den Zeitungen gebracht wurden, sind Herrn Professor Mommsen in der Voruntersuchung vorgelegt worden, mit der Frage, ob er die darin ihm zugeschriebene Rede mit der betreffenden Aeußerung als richtig anerkenne. Diese Frage hat Professor Mommsen der Hauptsache nach bejaht, und darauf hin wird das eigentliche Strafverfahren gegen ihn eingeleitet werden.

— Der Abgeordnete **Berling** erläßt folgende Erklärung:

Bei der weiten Verbreitung, welche die von dem früheren Landrath des Kreises, **Herrn v. Bennigsen-Förder**, gegen mich vorgebrachten schweren Beschuldigungen gefunden haben, halte ich mich verpflichtet, die Gründe öffentlich darzulegen, welche mich bestimmten, meine deshalb beim königlichen Amtsgericht in Ratzeburg anhängig gemachte Privatklage gegen denselben wegen verleumderischer Beleidigung zurückzuziehen. 1) Herr v. Bennigsen-Förder hat alle Anschuldigungen gegen mich in einer Weise öffentlich zurückgenommen, welche meine angegriffene Ehre vollständig herzustellen geeignet ist; 2) auch hat der Herr Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein mir durch seine öffentliche Erklärung, worin er sein **lebhaftes Bedauern** ausspricht, über den s. Z. gegen mich gestellten Antrag bei Ritter- und Landschaft hinreichende Genugthuung gegeben; 3) Herr v. Bennigsen-Förder ist bereits vom Lübecker Schöffengericht zu dreimonatlicher Gefängnißstrafe wegen anderweitiger gegen mich vorgebrachter Beleidigung verurtheilt worden **und diese Sache wird ihren ungehinderten Fortgang nehmen**; 4) ist mir die Garantie gegeben, daß alle in Anlaß der letzten Reichstagswahl gegen Einwohner des Kreises anhängig gemachten Strafprozesse niedergeschlagen werden, endlich 5) aber ist der Kreis durch die Entfernung des Landraths aus diesem Amte gegen eine Wiederholung ähnlicher amtlicher Wahlausschreitungen gesichert. Diese Gründe haben mich zu obigem Schritte in der Erwägung bestimmt, daß Herr v. Bennigsen-Förder doch wohl nur als Werkzeug benutzt ist und ich keine Aussicht habe, die eigentlichen Urheber zur Verantwortung zu ziehen. Da nun auch der Kreis durch den Ausfall der Wahl die plumpe Spekulation auf den Grad seiner Urtheilsfähigkeit gebührend zurückgewiesen hat, so darf ich hoffen, daß mein Verfahren allgemein Billigung finden wird. Bahnhof Büchen, 6. Februar. **Berling.**

— Minister v. **Puttkamer** war am Sonnabend und Sonntag in **Naumburg** und wohnte dem Gottesdienste im dortigen Dome bei. Er ist bekanntlich kürzlich zum Mitgliede des dortigen Kapitels ernannt.

— Staatsminister Dr. **Falk** wird seinen Posten als Oberlandesgerichtspräsident in **Hamm** nicht am 1. März, wie neulich berichtet wurde, sondern erst am 1. Mai antreten.

— Die **Verurtheilung** des angeblich unschuldigen **Bünger** erscheint nach einer der „Volksztg." aus Leipzig zugehenden Mittheilung in einem wesentlich andern Lichte, als der flüchtig gewordene **Szimmath** sie den beiden Frankfurter Rechtsanwälten dargestellt hat. Bünger ist gar nicht deshalb verurtheilt worden, weil er das Flugblatt angeklebt, sondern weil er den Ankleber dadurch zu verdecken suchte, daß er sich mit zwei andern Personen vor ihn stellte. Hierin hat das Reichsgericht ein **gemeinschaftliches Zusammenwirken** der vier Personen, welche von dem Straßenaufseher Rusch beim Ankleben des Most'schen Flugblattes betroffen worden sind, erblickt. Der Bestrafung Büngers liegt § 47 des Strafgesetzbuchs zu Grunde, welcher lautet: „Wenn Mehrere eine strafbare Handlung gemeinschaftlich ausführen, so wird Jeder als Thäter bestraft." Als Bünger, der allein von den vier Personen unweit des Thatortes ergriffen worden war, zu dem Zeugen gesagt, er habe nicht angeklebt, ist von Rusch erwidert worden: „Das weiß ich, **der Ankleber ist davon gesprungen**, aber Sie sind der Betreffende, **der dabei gestanden** hat." Die Thatsache, daß **Szimmath** der Ankleber jenes Blättchens gewesen, wird für sich allein also wohl kaum genügen, dem Bünger die Thore des Zuchthauses zu Halle zu öffnen. **Ob aber weitere neue Entlastungsmomente** vorhanden sind, muß abgewartet werden.

h **Freienwalde**, 8. Februar. Hier hat sich dieser Tage ein „**Patriotischer Verein** für den Kreis Oberbarnim" gebildet, der nach seinen Statuten für die ungeschmälerte Erhaltung der verfassungsmäßigen Rechte der Krone mit Entschiedenheit eintreten und die Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck unterstützen will. Natürlich ist es ein **konservativer** Verein; hat er doch den Herrn Landrath in seinen Vorstand gewählt. Aber warum sagt er das nicht, warum will er den Patriotismusmus in einem Kreise in Pacht nehmen, dessen nicht minder patriotische Mehrheit vor Kurzem einen Liberalen in den Reichstag gesandt hat? Es muß als ein Zugeständniß betrachtet werden, daß die Konservativen ihrem Parteinamen in vielen Landestheilen keinen guten Ruf zu verschaffen verstanden haben, wenn sie mit ihrer Parteibezeichnung nicht offen hervorzutreten lieben, sondern sich hier unter dem Namen der „Patrioten", dort unter dem der „Gemäßigten", und an dritten Orten unter dem Namen eines „Neuen Wahlvereins" verstecken. — Natürlich hat der neue, aus einigen vierzig Herren bestehende Verein sogleich eine **Adresse** an den Herrn Reichskanzler in Zirkulation zu setzen beschlossen, welche die Zustimmung zu dessen Wirthschaftspolitik ausspricht, und die Antwort darauf werden wir ja in einigen Wochen in den konservativen Blättern lesen. Das „Eberswalder Tageblatt" sagt dazu:

„Wollen die Herren etwa behaupten, daß eine solche Adresse ein richtigeres Bild von der Stimmung im Kreise geben wird, als die geheime Reichstagswahl? Wie wird denn die Adresse kolportirt werden? Vom amtlichen Vorgesetzten an seine Untergebenen, vom Fabrikbesitzer und Gutsherrn an seine Arbeiter und Lieferanten u. s. w. Was die geheime Wahl vermeiden will, **Beeinflussung und Zwang**, wird hier in reichstem Maße stattfinden. Hunderte werden gezwungen werden, um nicht in ihrem Beruf, ihrer Arbeit geschädigt zu werden, zu unterschreiben. Gewiß, es wird unterschrieben werden, von Allen! Aber was erhalten Sie? Zum großen Theil erlogene und **erheuchelte** Zustimmungen, die gänzlich ohne Werth, den Urheber in der persönlichen Meinung des dazu Gepreßten (und umgekehrt) herabsetzen. Das wird der **moralische** Erfolg der Adresse sein. Und nun kolportiren Sie in Gottes Namen."

Oesterreich.

Wien, 6. Februar. [**Die jüngsten Verhaftungen in Galizien**] sollen auf die Initiative einer hohen Stelle erfolgt sein. Der lemberger Korrespondent der „**Neuen fr. Presse**" theilt darüber Folgendes mit:

„Am 3. d. erstattete der Statthalterei-Vizepräsident, Hofrath Zaleski, dem **Kaiser** und dem Ministerium über die **Ausbreitung der russofilen Propaganda in Galizien** Bericht und erhielt hierauf die bestimmte Weisung, gegen die Agitatoren in energischer Weise vorzugehen. Unmittelbar nach der Rückkehr Zaleski's nach Lemberg wurde am vergangenen Sonnabend gegen 18 Ruthenen ein Verhaftsbefehl erlassen, welcher sich auch auf 8 Bauern in **Hniliczki** erstreckte. Tags darauf wurde eine weitere Anzahl Verhaftungen in den Provinzialstädten Ostgaliziens angeordnet. Anlaß zu diesen Maßregeln gab eine zwischen (dem ruthenischen Geistlichen) **Johann Naumowicz** und der **griechisch-orthodoxen Synode in Petersburg** in Betreff des Uebertritts der Hniliczkier Bauern zum orientalischen Ritus geführte Korrespondenz, die bei einer Hausdurchsuchung vorgefunden wurde. Die lemberger Behörde hat am Sonnabend und Sonntag bei zahlreichen ruthenischen Bürgern, in den Redaktionsbureaus der ruthenischen Journale und in Lokalitäten der Ruthenen-Vereine Hausdurchsuchungen vorgenommen und folgende Personen verhaftet: den pensionirten Hofrath Adolph **Dobrzanski** nebst seiner Tochter, den Chefredakteur des „Slovo", **Ploszczanski**, den Redakteur des „**Prolom**", **Markow**, und das Mitglied der akademischen Verbindung „Kruzok", **Hlahol**. Außerdem haben Gendarmen am Sonntag den in Skalat verhafteten Johann Naumowicz, einen 70jährigen Greis, der früher Mitglied des Reichsraths gewesen, und seinen Sohn, einen Arzt, ferner den in Stanislawów festgenommenen Redakteur eines Wochenblattes dem lemberger Strafgericht überliefert. Dem (lemberger) „Dziennik" zufolge sind in Ostgalizien noch sechs andere Personen verhaftet worden. Begreiflicherweise erregen diese Verhaftungen großes Aufsehen in Oesterreich und es wird in einer der nächsten Sitzungen des Reichsraths eine Interpellation seitens der ruthenischen Abgeordneten erwartet."

Es sind bis jetzt 17 Personen verhaftet worden. Bei der ganzen Affaire spielte der Zufall eine bedeutende Rolle. Die Polizei fahndete lange nach demwegen öffentlicher Gewaltthätigkeit durch böswillige Beschädigung fremden Eigenthums steckbrieflich verfolgten, jetzt **angeblich im Bureau Ignatjew's verwendeten Miroslaw Dobrianski**, dessen seit einiger Zeit in Lemberg ansässiger Vater, Hofrath Dobrianski, im Verdachte stand, die Hauptfäden der ganzen russophilen Propaganda in Galizien zu leiten. Als der Polizei-Kommissär in die Wohnung Dobrianski's eintrat, um nach Miroslaw zu fahnden. bemerkte er, daß die Tochter Dobrianski's Briefe und Papiere in auffälliger Weise zu vernichten trachte. Der Kommissär saisirte die Papiere und nahm eine nähere Untersuchung vor. Das Resultat war ein überraschendes. Die Behörde wurde auf die Spur einer weitverzweigten Propaganda geleitet, mit welcher die Hniliczki-Affaire im engsten Zusammenhange stand, und ordnete eine sofortige strenge Haus-Revision bei allen nun verhafteten Ruthenen an, mit welchen Dobrianski korrespondirte. Das Ergegniß aller Revisionen hat die Staatsanwaltschaft als **dringende Indizien des Hochverraths** qualifizirt und die sofortige Verhaftung beantragt. Dieselbe wurde so schnell durchgeführt, daß bereits gestern die im entlegensten Osten Galiziens Verhafteten unter Eskorte in Lemberg eintrafen, in's Gefängniß abgeführt und dem Verhöre unterzogen wurden. Im ruthenischen Lager herrscht allgemeine Konsternation, im polnischen die größte Spannung auf den Ausgang des Prozesses. Die Verhaftung der genannten siebzehn Ruthenen scheint noch nicht den Abschluß der Affaire zu bilden, weil nach der Haftnahme derselben weitere **Revisionen** bei dem Redakteur der ruthenischen humoristischen Zeitschrift „**Strachopud**" und in der ruthenischen akademischen Lesehalle stattfanden.

Wien, 7. Februar. [„**Der neueste wiener Skandal**".] Das durch seine Leidenschaftlichkeit bekannte Mitglied des Gemeinderaths, Advokat **Dr. Lueger**, machte in einem Rechtfertigungsbericht, den er am Sonntag in einer Versammlung seiner Wähler erstattete, Enthüllungen über theils unternommene Bestechungsversuche theils erfolgte Bestechungen an Gemeinderathsmitglieder, die das sensationellste Aufsehen zu erregen geeignet sind. Lueger begann mit einer Lobrede auf den früheren Bürgermeister **Newald**, der nicht durch die Regierung, sondern von dem Gemeinderath selbst gestürzt sei, und besprach dann den Besuch, welchen er, um zwischen dem Statthalter und dem Bürgermeister zu vermitteln, seinerzeit bei dem Grafen **Taaffe** gemacht. Taaffe rieth damals, der Bürgermeister möge zu dem Statthalter gehen und sich mit ihm vergleichen; beständen noch weitere Differenzen, dann würde er vermittelnd eingreifen. Im Laufe des Gesprächs sagte Taaffe: „Wissen Sie, die Sache ist bei uns so, wie nach einer Schlacht; im Falle des Gelingens ist der größte Esel ein Genie, im Falle des Mißlingens ist das größte Genie ein Esel!" Nur weil sich Herr v. Newald geweigert habe, jenen Gang zu thun, sei er gestürzt worden. Der ganze Haß und die Anfeindungen, die sich gegen die Linke des Gemeinderath und den Redner gerichtet hätten, seinen auf den Kampf zurückzuführen, den seine Partei von jeher gegen die **Korruption** geführt hätte. Als Beweis dafür fügte Lueger zwei Thatsachen an. Es seien ihm seitens eines befreundeten Arztes, der offenbar im Interesse eines Hausse-Konsortiums gehandelt habe, 30,000 Gulden geboten worden, wenn er seinen Widerstand gegen die Trambahn aufgebe, in den Bau neuer Linien willige u. s. w. Der Versuch, ihn auf diese Weise zu gewinnen, sei mit dem nämlichen unglücklichen Erfolg drei- oder viermal wiederholt worden. Ein zweiter **Bestechungsversuch** sei von den Unternehmern der projektirten wiener Gürtelbahn, **Fogerty** und Genossen, ausgegangen; es sei ihm in diesem Falle für die Unterstützung des Projekts die Stelle eines Rechtskonsulenten der neuen Bahn mit einem Gehalt von 20,000 Gulden zugesichert worden. Gleichzeitig wurde ihm eröffnet, daß zwei Mitglieder des Gemeinderathes bereits durch die Versprechung von Direktorenstellen gewonnen seien; einem von diesen beiden sei außerdem noch eine Summe von 1000 Pfd. Sterl. zahlbar nach der Konzessionirung des Unternehmens garantirt. Als Lueger alle diese Offerten ablehnte, wandten sich die Unternehmer hinter seinem Rücken durch Vermittelung eines Herrn **Feigmeyer** an den Konzipienten Lueger's, **Dr. Löwy**. Dieser setzte zwei Verträge auf, und zwar auf den eigenen Namen, nicht auf den seines Chefs, so daß dieser ganz aus

---

mir," fuhr Mrs. Graves fort, „und dann waren Sie still. Erinnern Sie sich dessen auch?"

„Ich weiß, daß ich lange wachgelegen und dann eingeschlummert bin," sagte Flora, „vielleicht waren Sie ein Theil der Träume, die ich hatte."

Mrs. Graves fragte nicht weiter. Ihre Züge erhellten sich nicht, wie dies bei Helene der Fall war; ihr Argwohn schien noch nicht geschwunden.

„Das Frühstück wartet," sagte sie kurz abgebrochen, „es war schon aufgetragen, ehe ich das Haus verließ."

„Wir werden in einigen Minuten zurückkommen."

(Fortsetzung folgt.)

HB. Ein Besuch bei Ossian.

II.

Die Volksart im östlichen Schottland. Glasgow. Der Clyde bis zum atlantischen Ozean.

Schottland und England sind seit dem Anfange des vorigen Jahrhunderts vollständig miteinander vereinigt, trotzdem sind die alten Gegensätze noch nicht ausgeglichen; nachdem sie ihre politische Bedeutung längst verloren, klingen sie in einer hartnäckigen Abneigung, welche vom Schotten dem englischen Wesen entgegengebracht wird, immer noch nach; der Engländer hinwiederum vergilt diese Abneigung, indem er auf den Schotten mit einer nicht immer stichhaltigen Miene der Ueberlegenheit erabblickt.

Setzt der Engländer diese Miene dem **keltischen** Schotten gegenüber auf, so ist derselben eine gewisse Berechtigung allerdings nicht abzusprechen; das nordwestliche Schottland, jene großartige, wilde und melancholische Gebirgsgegend, welche man jenseits des „deutschen Meeres" im engeren Sinne unter dem Namen „Hochland" begreift, ist derjenige Landestheil, in welchem sich bis heute die keltischen Ureinwohner fast intakt erhalten haben. Hier war es in der That der englische Einfluß, welcher der mittel- oder vielmehr vormittelalterlichen Barbarei ein Ende bereitet und die alte Clan- (Stammes-) Eintheilung durch Parlamentsbeschluß im Jahre 1745 in moderne Verwaltungsformen umgegossen hat. Hier ist auch heute noch die Natur des Landes ein Hinderniß für das Aufkommen feinerer Kultur und für eine weniger beschränkte, vorurtheilslose Lebensauffassung. Ich will den Gegenstand hier nur ganz vorübergehend berühren und mich daher zunächst nicht weiter auf die Frage einlassen, in wiefern das überwiegende Vorherrschen des **Groß**grundbesitzes mit der hierdurch bedingten Art der Bodenkultur hieran mitschuldig ist. Hier sei nur erwähnt, daß das schottische Hochland schon durch seine Terrainverhältnisse, deren Wirkung durch den nordischen Charakter des Landes noch verschärft wird, ganz in der Art südlicherer **Hoch**gebirgsländer dem nivellirenden Geiste moderner Bildung durchaus ungünstig ist. Die engen, oft schluchtenartigen Thäler, in welchen die menschlichen Ansiedlungen liegen, sind durch schroffe, wilde, zum Theil fast ungangbare, oft schauerliche Gebirgsstöcke von einander geschieden, und in den Thälern selbst bilden die oft sehr gefährlichen großen Seen und die tief ins Innere des Landes einschneidenden Meeresarme ebenso viele Schranken. Alles das ist vielleicht der Gemüthsentwickelung, aber nicht der Geistesbildung zuträglich. Ein Zurückbleiben der dortigen, ohnehin sehr dünnen Bevölkerung ist daher unverkennbar.

Anders liegen die Dinge im Osten, wo seit der sächsischen Einwanderung das germanische Element das ausschließlich vorherrschende ist und sich viel reiner als in England bewahrt hat. In letzterem Lande ist die sächsische Bevölkerung, wenn sie sich auch ziemlich rein von der Vermischung mit den älteren keltisch-römischen Elementen erhalten hat, späterhin stark mit normannischem Blute versetzt worden. Erst die Rebellion zu Cromwells Zeiten hat den sächsischen Volksanschauungen wieder zur Vorherrschaft verholfen, und durchweg finden wir in England altgermanisches Volkswesen viel reiner dargestellt, als selbst in Deutschland, wo die Jahrhunderte lange Verbindung mit Italien und die kürzere, aber noch intensivere Verbindung mit Spanien, ganz abgesehen noch von französischen Einflüssen, das alteinheimische Wesen sehr stark alterirt haben. Englands insulare Lage hat in dieser Beziehung sehr konservirend gewirkt.

Für das östliche Schottland aber kommt die normannische Invasion so gut wie nicht in Betracht; hier hat sich daher, wie gesagt, das germanische Element **ganz** unberührt erhalten. Von den Kelten, bei welchen dunkle Haut- und Haarfarbe, sowie rundere Kopfform vorherrschen, unterscheidet sich der Ostschotte durch seinen kräftigen Wuchs, länglichere Schädelbildung und blonde oder röthliche Haarfarbe; auch die Bezeichnung der Oertlichkeiten läßt es einen alsbald erkennen, wenn man von gälischem Boden auf germanischen gelangt ist. Hier heißen z. B. die Thäler nicht mehr „Glenn", sondern „Dale": Tweeddale, Eskdale 2c. Von der englischen Sprache unterscheidet sich die schottische durch weit häufigere und stärkere Anklänge an die deutsche. Der breite schottische Dialekt kennt nicht das gequetschte „ä" des englischen, Worte wie right (Recht), fight (fechten) 2c. werden Recht, fecht ausgesprochen, und auch sonst zeigt sich die Wort- und Satzbildung dem Deutschen vielfach sehr nahe verwandt. Freilich lebt dieser altschottische Dialekt ganz rein nur noch in den Volksdichtungen; in den Städten wird heutzutage ein dem Englischen sich mehr nähernder Mischdialekt gesprochen.

Die oben erwähnte unverfälscht bewahrte Stammesart scheint mir nun heute, wo die **politische** Rivalität längst aufgehört hat, der Haupterklärungsgrund für die den Schotten eigenthümliche Abneigung gegen die Engländer zu sein. Das östliche Schottland ist ja in seinem Innern lange nicht so schwer zugänglich, so von der Welt entrückt wie das westliche; es muß also für jene Erscheinung irgend ein anderer Grund vorliegen. Gewiß spielt noch eine gewisse Eifersucht mit; der Schotte — und dazu berechtigt ihn schon der Hinblick auf die bedeutenden Männer, welche seine Nation hervorgebracht, — fühlt sich dem Engländer geistig ebenbürtig, und doch ist letzterer der eigentliche Repräsentant der großbritannischen Macht nach Außen. Das Wesentliche dürfte aber sein, daß der einfachere, am Hergebrachten haftende Schotte in dem mit wälschem Blute vermischten Engländer ein unsolideres Element erblickt. Der Engländer gilt ihm als Großsprecher, als zum Schwindel geneigt, und insbesondere der Londoner genießt nördlich vom Tweed ganz desselben nicht etwa schmeichelhaften Renommé's wie früher der berliner Reisende in vielen Theilen Deutschlands.

Ganz derselbe Partikularismus, welchen die Schotten England gegenüber bewahrt haben, ganz dieselbe Eifersucht herrscht nun aber **innerhalb** Schottlands zwischen den einzelnen Städten und ländlichen Distrikten. Insbesondere Edinburg und Glasgow werfen sich gegenseitig kritische und nicht eben liebevolle Blicke zu. Edinburg, die alte Königsstadt des Landes

dem Spiele blieb. Nach dem einen sollte Löwy, d. h. recte Dr. Lueger für die Unterstützung des Gürtelbahn-Projektes auf 10 Jahre die Vertretung der Stadtbahn und falls der Vertretungsvertrag binnen vier Wochen nicht abgeschlossen wäre einen Entschädigungsbetrag von 50,000 Gulden erhalten. Außerdem wurde ein zweiter Vertrag angefertigt, nach welchem dem Konzipienten Dr. Heinrich Löwy so viel Aktien eventuell Geld zugesagt wurden, daß dieser in den Verwaltungsrath der Stadtbahn eintreten könne. Dr. Lueger wies auch diese Anerbietungen zurück und jagte den Konzipienten fort. Die Protokolle wurden ihm auf sein Verlangen ausgefolgt, diese sowohl wie sämmtliche Namen seien im Verwahrsam des Vize-Bürgermeisters Uhl, der das Weitere veranlassen werde. Die von Dr. Lueger in seinem Schreiben bezeichneten Gemeinderäthe sind die Herren Ritter v. Gunesch und Ritter v. Goldschmidt. In einer gestern stattgehabten außerordentlichen Sitzung des Gemeinderaths brachte Vize-Bürgermeister Uhl das Schreiben, in welchem oben erwähnte Thatsachen erzählt sind, zur Verlesung. Er theilte dann mit, daß de Herren v. Gunesch und v. Goldschmidt, denen er vorher davon Kenntniß gegeben, die Behauptungen L.'s als Lüge und Verleumdung bezeichnen und bereits gerichtliche Schritte gegen L. eingeleitet hätten. Herr Uhl erklärte dann, daß er sofort das Schreiben Lueger's der Staatsanwaltschaft übergeben habe mit der Bitte, die Untersuchung einzuleiten. Es wird also einen neuen Skandalprozeß in bester Form geben. In den Zeitungen erklärt auch der oben erwähnte Fogerty alle Behauptungen Lueger's für unwahr.

Italien.

Rom, 6. Februar. [Antiklerikale Kundgebungen.] Wie das „Berl. Tagebl." meldet, vereinigten sich am Feste Mariä Lichtmeß 70 der hervorragendsten Mitglieder der antiklerikalen Vereine im „Restaurant Européen" auf dem St. Petersplatz zu einem Bankett. Ricciotti Garibaldi präsidirte. Roseo toastirte auf die Vernichtung der geistlichen Macht des Papstes, Raviola auf die Eroberung der Irredentaprovinzen. Nach dem Bankett begaben sich alle Gäste nach dem Petersplatz, wo sie unter den Fenstern des Vatikans riefen: „Evviva Garibaldi!" „Evviva Italia!" „Nieder mit dem Papstthum!" Die „Capitale" konstatirt die Anwesenheit zahlreicher Polizei, welche jedoch Niemand verhaftete. Die antiklerikalen Vereine sind bekanntlich erst nach der Nacht, in welcher Pius IX. begraben wurde, entstanden. Das obengenannte Restaurant liegt direkt am Petersplatz, und der für das Bankett ausgesuchte Tag gehört zu den größten römischen Madonnentagen (Mariä Lichtmeß).

Rußland und Polen.

Petersburg, 6. Februar. [Fürst Bismarck und die Rede Skobjelew's.] Die Tischrede des Generals Skobjelew und speziell der auf die Unruhen in der Herzegowina bezügliche Theil derselben hat zu einem diplomatischen Intermezzo zwischen Deutschland und Rußland Anlaß gegeben, über welches dem petersburger Korrespondenten der „Presse" folgende Details zugehen:

„Auf das Telegramm der „Berliner Nat.-Ztg." über die Tischrede Skobjelew's hin hatte der deutsche Reichskanzler den deutschen Botschafter in Petersburg telegraphisch beauftragt, bei Herrn v. Giers anzufragen, was es mit der Rede Skobjelew's für eine Bewandtniß habe. General v. Schweinitz begab sich unverzüglich in das Auswärtige Amt und richtete seinen Auftrag aus, worauf Herr v. Giers ihn versicherte, „er wisse nichts von einer Rede des Generals Skobjelew". Durch diese Antwort aus dem Munde des Verwesers des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten war also die Frage, ob die Rede Skoblejew's einen offiziösen Charakter trage, vollständig im verneinenden Sinne erledigt und der deutsche Botschafter konnte ohne Weiteres seinem Chef melden, daß, wenn General Skobjelew den betreffenden Passus in seiner Rede vorbrachte, er es auf eigene Faust that, ohne irgendwie von maßgebender Seite dazu inspirirt, geschweige denn ermächtigt gewesen zu sein. Als aber gleich darauf mehrere panslawistisch angehauchte Petersburger und besonders Moskauer Zeitungen stark anti-österreichische Artikel brachten und auch in anderer Weise eine regere Thätigkeit der panslawistischen Partei bemerkbar wurde, erhielt der General Schweinitz eine zweite Depesche des Fürsten Bismarck, in Folge welcher er Herrn v. Giers erklärte, daß, falls es sich herausstellen sollte, daß die russische Regierung die anti-österreichische Agitation in der russischen Presse unterstütze oder ihr gegenüber auch nur eine zu weitgehende Toleranz zeige, er möglicherweise und zwar sehr wahrscheinlich in die Lage kommen dürfte, dem russischen Kaiser seine Abberufung auf Petersburg anzuzeigen. Zugleich sei er zu der Erklärung ermächtigt, daß Deutschland seine Interessen mit denjenigen Oesterreich-Ungarns identifizire. Das war jedenfalls deutlich und ist augenscheinlich auch nicht ohne Wirkung geblieben. Jedenfalls wird den slawophilen Heißspornen bedeutet werden, wenn es nicht bereits geschah, sich ruhig zu verhalten, und zunächst dürfte der Presse ein Zirkular zugehen, durch welches sie die Weisung erhielte, jede anti-österreichische Agitation aufzugeben, falls sie sich nicht der Gefahr aussetzen wolle, von den härtesten Zensurmaßregeln betroffen zu werden.

[Der russisch-persische Vertrag] betreffs der Feststellung der Grenzlinie im Transkaspigebiete ist am 10. Dezember in Teheran, wie der „Golos" berichtet, unterzeichnet worden.

Die Unterzeichner waren der russische Gesandte beim persischen Hofe Herr Sinowjew und der persische Minister des Auswärtigen. Nach diesem Vertrage behält Rußland die ganze Achal-Teke-Oase bis Seraks, welches letztere Persien verbleibt. Die Grenzlinie ist ungefähr 16 Werst von Seraks entfernt. Die Ratifikation des Vertrages findet nach drei Monaten, d. h. nicht nach dem 10. März dieses Jahres statt.

Telegraphische Nachrichten.

Cannes, 9. Februar. Berthold Auerbach ist gestern gestorben.

Petersburg, 9. Februar. Der „Regierungsbote" meldet: Das letzte Bulletin erklärt den Zustand der Großfürstin Marie Pawlowna als ernst.

Der „Golos" meldet: Die Chinesen halten die russischen Karavanen in Aksu zurück entgegen den Bestimmungen des Traktates. Eine Korrespondenz des „Regierungsboten" aus Peking hebt die friedliche wohlwollende Gesinnung China's zu Rußland hervor.

Konstantinopel, 9. Februar. Tissot und Dufferin haben entgegen den umlaufenden Gerüchten der Pforte bisher keine Mittheilung bezüglich der egyptischen Angelegenheit gemacht.

(Sämmtliche wiederholt.)

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung".

↗ **Berlin**, 9. Februar, Abends 7 Uhr.

Abgeordnetenhaus. Berathung der Interpellation Richter, betreffend die Höhe des Ueberschusses des laufenden Etatsjahres.

Bitter erklärt, daß die geforderte Auskunft erst gegeben werden könne, wenn die Bücher der Generalstaatskasse abgeschlossen seien. Auf Vermuthungen hin Erklärungen abzugeben, müsse die Regierung Bedenken tragen. In der Budgetkommission würde soweit als möglich Auskunft erfolgen.

Richter hebt hervor, es handle sich nicht um den Abschluß, sondern um den Voranschlag. Die Mittheilungen darüber würden von allen Parteien vermißt.

Bitter: Der Unterschied zwischen Voranschlag und Abschluß sei klar, aber Vermuthungen wolle die Regierung nicht aussprechen, er werde im Einverständniß mit der Staatsregierung eine derartige Auskunft ablehnen.

Rickert bedauert, daß nicht im Landtage wie im Reichstage mit dem Etat eine Darlegung des laufenden Jahres eingebracht wurde.

Rauchhaupt bestreitet die Möglichkeit, die Ueberschüsse des laufenden Jahres in den nächsten Etat einzustellen.

Richter bemerkt, die Verweigerung einer Antwort im Hause hindere die schnelle Abwickelung der Geschäfte; er denke übrigens nicht daran, mit der Interpellation einen Antrag auf weiteren Steuererlaß zu verbinden.

Das Abgeordnetenhaus verwies während des Fortgangs der Sitzung das Hundesteuer-Gesetz an die Agrarkommission, nahm in dritter Lesung das Ergänzungsgesetz zur Kirchenverfassung in den alten Provinzen und die Vorlage über die Ablösung der Rente an die Stadt Berlin für Uebernahme fiskalischer Straßenbauten an.

Bei Berathung der Kreis- und Provinzialordnung für Ha[nnover] spricht Abg. von Bennigsen seine Befriedigung üb[er] deren vorherige Vorlegung an den Provinziallandtag aus un[d] hofft, dasselbe Verfahren werde auch bei weiteren Kreisordnung[en] eintreten. von Bennigsen erklärt sich gegen das Institut d[er] Amtsvorsteher, sowie gegen die Uebergangsbestimmungen.

Minister des Innern von Puttkamer erklärt, d[ie] Vorlegung der weiteren Organisationsgesetze an die Provinzia[l]landtage sei einfache politische Pflicht der Regierung, welche de[m] nächsten Landtage die Organisationsgesetzentwürfe für die wes[t]lichen Provinzen vorzulegen hoffe. Die Uebergangsbestimmunge[n] seien geeignet, die tiefeingreifende Aenderung des bisherigen Zu[-]standes weniger fühlbar zu machen.

Liebermann äußert seine Bedenken gegen die Zweckdienlichkeit des Provisoriums für Hannover.

Dirichlet ist gegen die Vorlage, die eine schädliche Rückwirkung auf die Organisation in den östlichen Provinzen ausüben könne.

Windthorst verneint die Frage der Reorganisation für Hannover. Die Majorität der Bevölkerung wünsche die Erhaltung des Bestehenden, ohne das Institut der Amtsvorsteher sei ihm jede Kreisordnung unannehmbar, bei der jetzigen Provinzialordnung sei das Beste erreichbar, ohne Vertretung der Aristokratie sei keine Selbstverwaltung denkbar.

Minister Puttkamer replizirt, in der Vorlage sei den Rücksichten auf die historische Entwickelung Rechnung getragen. Die Behauptung Windthorst's stehe der einstimmige Beschluß des hannoverschen Provinziallandtags gegenüber. Der Grundsatz divide et impera sei bei der Vorlage nicht maßgebend gewesen. Die Vorlage ging schließlich an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Die Darlegung der Wiener „Presse" über die Korrespondenz zwischen Berlin und Petersburg bezüglich der Skobelew'schen Rede wird von hiesigen amtlichen Kreisen für eine Erfindung erklärt, an welcher kein einziges Wort wahr. Die Skobelew'sche Rede ist überhaupt nicht Gegenstand von diplomatischen Instruktionen oder Besprechungen zwischen Berlin und Petersburg gewesen.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* Von F. W. Hackländer's ausgewählten W-r en welche in 20 Bänden (à M. 1,50) im Verlag von Carl Krabbe in Stuttgart erscheinen, liegt Band 5—7 vor. Diese Bände enthalten „Das Soldatenleben im Frieden", worin Hackländer die ganze Kraft und Eigenthümlichkeit seines Talents entfaltet, und den Anfang des großen Romans „Europäisches Sklavenleben". Wir empfehlen diese Auswahl der hervorragendsten Schriften Hackländer's Allen, welche den liebenswürdigen Erzähler und Humoristen in so handlicher und das Beste zusammenfassender Ausgabe erhalten wollen.

* Preußisches Verwaltungs-Blatt. Wochenschrift für Verwaltung und Verwaltungsrechtspflege in Preußen. Herausgeber: Dr. jur. Binseel. Verlag und Expedition: Otto Drewitz in Berlin N., Mobijou-Platz 10. Jahrgang III. Nr. 19. — Inhalt: Zur Statistik der Gemeindeabgaben. — Vermehrung der städtischen Steuerquellen. — Kommunal-Einkommenbesteuerung der Kommanditisten als Forensen. — Tragen der Uniform seitens der polizeilichen Exekutivbeamten. — Abnahme von Eiden in Gewerbestreitsachen. — Zur Sicherung der Theater vor Feuersgefahr. — Konfessions- und Simultanschulen. — Form der Begutachtung im Verwaltungsstreitverfahren. — Miethzahlung als nothwendige Armenunterstützung. — Aufenthalt in der Entbindungs- resp. Hebammenlehranstalt bezüglich der Verlustfrist für den Unterstützungswohnsitz. — Rechtsweg wegen Befreiung von Parochialabgaben; Uebertritt aus der unirten zur reformirten Kirchengemeinde. — Enteignungsrecht. — Uebertragbarkeit der Alimentenansprüche und Pensionsbezüge. — Unwiderruflichkeit der einem Beamten zugesicherten Remuneration. — Wasserbenutzungsrecht an einem Privatkanal. — Dienstbarkeit an einem deklassirten Wege. — Dienstbefugnisse der Forstbeamten. Forstbeamter im Sinne des § 117 Str.-G.-B. oder Aufseher. — Strafbare Nahrungsmittelverfälschung. — Gewerbebetrieb der Bäcker und Taxwesen. — Literarische Mittheilungen.

---

heute noch dessen politische Hauptstadt und Sitz der hohen Regierungsbehörden, blickt auf den Emporkömmling Glasgow herab, und das muß man zugeben, einen aristokratischeren Eindruck macht Edinburg sowohl durch sich selbst, als durch seine überaus malerische nähere und entferntere Umgebung, welche sich um die Stadt wie ein glänzendes Geschmeide um die feine Büste einer vornehm gearteten Schönheit legt. Und Edinbung als Stadt zehrt auch heute noch keineswegs bloß von seiner Vergangenheit; dessen ist seine Universität Zeuge, welche noch immer von den reformirten Theologen des Kontinents, namentlich der Schweiz, als eine Art Zentralhochschule betrachtet wird. Zahlreiche auswärtige Theologen studiren dort ein oder mehrere Semester. Wie kann sich da Glasgow erdreisten seine „Hochschule" als Universität zu bezeichnen, eine Anstalt, welche schon Sechszehnjährige als Studenten annimmt und insbesondere die technischen Fächer kultivirt? Ueber solche Profanirung des geheiligten Begriffes „Universität" zuckt der Edinburger indignirt die Achsel.

Glasgow aber, mit seiner zwar schmucken, aber nicht außergewöhnlichen Umgebung, mit seinem stattlichen und soliden, aber auch zugleich prosaischeren Aussehen mehr einer kräftigen, bürgerlichen Schönheit zu vergleichen, betrachtet die Rivalin Edinburg etwa mit denselben Empfindungen, mit denen ein self made man, ein durch eigene Klugheit und Anstrengung zum Millionär gewordenes Individuum gewöhnlicher Herkunft auf einen titel- und ahnenstolzen, aber sonst ein wenig in's Stagniren gerathenen Adeligen blickt. Und in der That, was Glasgow aus sich gemacht hat, ist sein eigenes Werk, denn in England basirt alles öffentliche Wesen auf kommunalen und munizipalen Einrichtungen, und daß das dem lokalen Partikularismus förderlich ist, liegt auf der Hand; aber der Schotte, wie der Engländer ist viel zu klug und hat einen viel zu klaren Blick für das Geschäft, als daß er diesen Zug in schädlicher Weise überwuchern ließe. Heute ist Glasgow, dessen Einwohnerzahl eine halbe Million erheblich überschritten hat und das sich die zweite Stadt des vereinigten Königreichs nennt, in Wahrheit die Kapitale Schottlands.

(Fortsetzung folgt.)

Gedanken einer Königin.

Die jüngste Nummer der pariser „Nouvelle Revue" enthält eine größere Anzahl Gedanken und Aphorismen von „Carmen Sylva", hinter welchem Pseudonym sich bekanntlich die Königin Elisabeth von Rumänien, geb. Prinzessin zu Wied, verbirgt, wenn das Wort „Verbergen" in diesem Falle anders noch am Platze ist. Die Zeitschrift „Nord und Süd" brachte in einem ihrer letzten Hefte neben einer Arbeit aus der Feder der geistreichen Frau eine Lebensskizze derselben, welche von einer ihr vertrauten Dame verfaßt war. Die Publikation in der „Nouvelle Revue" wird von Louis Ulbach mit einer längeren Studie über die Verfasserin eingeleitet, von welcher der pariser Schriftsteller, der jüngst beim rumänischen Königspaar in Sinaïa einige Tage lang als Gast weilte und als „Xenie" (Gastgeschenk) das Großoffizierskreuz des Ordens vom Stern Rumäniens mitbrachte, ein überaus schmeichelndes Bild entwirft. Ulbach erzählt, wie ihm nach langem Zureden die Königin einen Einblick in ihr Album gestattet habe, wie er erstaunt gewesen sei, dessen Inhalt in vorzüglichem Französisch abgefaßt zu finden, und wie er sie überredet habe, die Aphorismen zuerst in einer französischen Revue zu veröffentlichen. Die „Fr. Ztg." führt von den Gedanken, die Ulbach unter verschiedene zusammenpassende Ueberschriften geordnet hat, einige der originellen als Muster an:

„Indem sie sich hingiebt, glaubt die Frau eine Welt gegeben, der Mann ein Spielzeug empfangen zu haben; die Frau glaubt eine Ewigkeit gegeben, der Mann ein Augenblicksvergnügen angenommen zu haben.

*

Die Frauen schminken sich, weil den Männern jedes künstlerische Gefühl abgeht. Hätten sie Sinn fürs Malerische, so würde selbst das Reispulver verschwinden.

*

Die Eifersucht desjenigen, den man liebt, ist eine Huldigung; die Eures Gatten ist eine Beleidigung.

*

Eine ausgezeichnete Hausfrau ist stets in Verzweiflung. Oft möchte man das Haus weniger ordentlich und dafür etwas friedlicher sehen.

*

Man muß Herz haben, um Jemandes Vorzüge zu genießen; man muß Geist haben, um seine Fehler zu ertragen.

*

Die Unterhaltung wird peinlich, wenn man nicht auf die gesprochenen, sondern auf die gedachten Reden Antwort giebt.

*

Man kann nicht geistreich sein, wenn die Umgebung nicht ebenfalls geistreich ist. Der Hahn hat gut den Enten krähen; sie hören nicht auf ihn.

*

Die Dummheit drängt sich vor, um gesehen zu werden. Die Klugheit steht zurück, um zu sehen.

*

Man ist auf seine Ahnen stolz wegen ihrer Anzahl. Unsere Enkel, in dieser Anschauung groß gezogen, werden in uns nur eine Ordnungszahl sehen.

*

Die großen Ceremonien sind Komödien, die auf einer Bühne ohne Koulissen gespielt werden. Man verliert gleich die Illusion und die Wirkung ist verdorben.

*

Der Widerspruch belebt die Konversation; das ist's, weshalb die Höfe so langweilig sind.

*

Man führt so oft das Bibelwort an: Nehmt euch vor den Fürsten in Acht! und man vergißt den Schluß des Satzes: denn sie sind Menschen.

*

Der Beruf einer Herrscherin erfordert blos drei Eigenschaften: Schönheit, Güte, Fruchtbarkeit.

*

Bei einer Hochzeit lachen die Männer und die Frauen weinen.

*

Ein Geheimniß ist wie ein Loch im Gewande. Je mehr man es zu verbergen sucht, um so mehr zeigt man es.

*

Wenn die armen Märtyrer gewußt hätten, wie wenig es ist, Ueberzeugungen zu wechseln, so hätte es keine Scheiterhaufen gegeben.

*

Die Prüderie ist ein Parfüm, der verdorbene Luft verbürgt.

*

Viele empfangene Wunden machen aus uns in den Augen der Welt einen Heros, in unseren eigenen einen Invaliden.

*

Wenn man etwas bekräftigen will, so ruft man immer Gott zum Zeugen, weil er — nie widerspricht."

Denkschrift, betreffend das Märkisch-Posener Eisenbahn-Unternehmen.

(Fortsetzung.)

Nach den Bestimmungen des Vertrages vom 14. November v. J. berührt die Rentabilität des Märkisch-Posener Eisenbahn-Unternehmens für die Jahre 1881 und 1882 direkt die Staatskasse nicht, da die Bahn zunächst noch für Rechnung der Aktionäre verwaltet wird, und auch bei dem Umtausche der Aktien in Staatsschuldverschreibungen die über die genannten Jahre lautenden Dividendenscheine in den Händen der Aktionäre verbleiben. Demgemäß sind auch die für die Aktien auszugebenden Staatsschuldverschreibungen erst vom 1. Januar 1883 ab zu verzinsen, so daß das materielle Interesse des Staates mit diesem Zeitpunkte beginnt. Da jedoch die finanzielle Tragweite des staatsseitigen Erwerbs des Unternehmens nur an der Hand der bisherigen Rentabilität des letzteren beurtheilt werden kann, so wird zunächst diese zu erörtern und demnächst die voraussichtliche künftige Entwickelung zu erwägen sein.

Die Betriebsergebnisse der bisherigen Betriebsjahre sind in der Anlage nachgewiesen. Wie daraus hervorgeht, besteht das Unternehmen in seinem vollen Umfange seit dem 26. Juni 1870, also über 10 Betriebsjahre. In den drei letzten Jahren konnte den Inhabern der Stamm-Prioritäts-Aktien eine Dividende von 5 Prozent gezahlt und zur Deckung rückständiger Dividenden der Vorjahre ein Betrag von 28,000 Mark resp. 102,000 Mark resp. 137,912 Mark zurückgelegt werden.

In den beiden letzten Jahren 1879 und 1880 hat sich der Betriebs-Abschluß annähernd gleichmäßig folgendermaßen gestaltet:

	1879 M.	1880 M.
I. Einnahmen.		
Personen-Verkehr	1,030,630	1,040,453
Güter-Verkehr	2,184,568	2,235,428
Sonstige Einnahmen	286,227	278,794
Dazu: Vortrag aus dem Vorjahre . .	11,167	11,474
Resteinnahmen	7,426	13,537
Gesammt-Einnahme	3,520,018	3,579,686
II. Ausgaben.		
a) Betriebs-Ausgaben:		
Allgemeine Verwaltung	239,777	243,816
Bahn-Verwaltung	400,236	434,532
Transport-Verwaltung	1,050,702	1,059,858
zusammen	1,690,715	1,738,206
b) Rücklagen zum Erneuerungsfonds .	300,158	297,836
Rücklagen zum Reservefonds . .	46,500	46,500
zusammen	346,658	344,336
c) Sonstige Ausgaben und zwar:		
1. Spezial-Reserve für Mitbenutzung der Bahnhöfe Guben, Frankfurt a. O. und Posen	72,000	60,000
2. Restausgaben	4,976	2,336
zusammen	76,976	62,336
Gesammt-Betriebs-Ausgabe . .	2,114,349	2,144,878
in Prozenten der Einnahme . .	60,1	59,9
Der Ueberschuß beträgt	1,405,669	1,434,808
Von dem Ueberschusse sind zunächst zu decken:		
für die Verzinsung der Prioritäts-Obligationen	142,500	135,000
zur Amortisation	15,000	15,000
zusammen	157,500	150,000
Tantième an die Mitglieder des Verwaltungsraths und der Direktion . .	16,687	17,585
zusammen	174,187	167,585
Es bleibt demnach ein Reingewinn von	1,231,482	1,267,223
Derselbe ist wie folgt verwandt:		
a) zur Zahlung der Eisenbahn-Abgabe .	30,508	31,127
b) zur Zahlung einer Dividende an die Prioritäts-Stammaktien	1,087,500	1,087,500
c) Vortrag auf neue Rechnung . . .	11,474	10,684
d) Reserve zur Einlösung rückständiger Stamm-Prioritäts-Dividendenscheine	102,000	137,912
Zusammen wie oben	1,231,482	1,267,223
Das zinsberechtigte Anlage-Kapital beträgt:		
Stammaktien	21,750,000	21,750,000
Prioritäts-Stammaktien	21,750,000	21,750,000
Prioritäts-Obligationen	3,000,000	3,000,000
zusammen	46,500,000	46,500,000
Es sind dafür verwandt:		
a) Dividende für die Prioritäts-Stammaktien	1,087,500	1,087,500
b) zur Deckung rückständiger Dividendenscheine	102,000	137,912
c) zur Verzinsung und Amortisation der Prioritäts-Obligationen	157,500	150,000
zusammen	1,347,000	1,375,412
Das Anlagekapital hat sich demnach mit	2,90	2,96

Prozent verzinst.

Die Verkehrs-Verhältnisse der Märkisch-Posener Eisenbahn werden von der im Jahre 1880 eingetretenen umfangreichen Besitzerweiterung der Staatsbahnen voraussichtlich nicht weiter berührt werden, da das Unternehmen bereits überall von Staats- oder vom Staate verwalteten Privatbahnen eingeschlossen und allen Konsequenzen des Staatseisenbahnsystems mehr wie andere Privatbahnen schon bisher ausgesetzt gewesen ist.

Sonstige Konkurrenzen hat die Märkisch-Posener Eisenbahn, welche in den meisten, in Betracht kommenden Verkehren die kürzere Route bildet, nicht zu befürchten.

Soweit die bisher bekannt gewordenen Betriebs-Resultate des laufenden Jahres eine Schätzung gestatten, wird der Ertrag des Jahres 1881 voraussichtlich nicht wesentlich von denjenigen der Vorjahre abweichen, da die provisorischen Einnahme-Ermittelungen für die ersten 11 Monate gegen die definitiv festgestellten Einnahmen der entsprechenden Periode des Vorjahres einen Mindertrag von 5857 Mark, und gegen die provisorischen Ermittelungen ein Plus von 4112 Mark ergeben. Letzteres würde noch weit größer sein, wenn nicht die ersten fünf Monate, welche im Jahre 1881 ungünstige, dagegen im Vorjahre besonders günstige Verhältnisse aufwiesen, mit einer Mindereinnahme von rot. 64,000 Mark abgeschlossen hätten. Dagegen zeigen die letztverflossenen Monate eine zum Theil erhebliche Steigerung der Einnahmen (pro November z. B. 21,551 Mark); es kann daher erwartet werden, daß auch der Monat Dezember ein weiteres Plus bringen wird, und zwar um so mehr, als für die letzten Monate des Jahres, welche erfahrungsmäßig bei allen Bahnen, insbesondere auch bei der Märkisch-Posener Bahn die frequentesten zu sein pflegen, pro 1880 aus dem Grunde nur schwache Einnahmen zu verzeichnen waren, weil der in früheren Jahren sehr lebhafte Getreideverkehr von Posen und Preußen nach den sächsischen Mühlen in Folge der schlechten Ernte sehr zurückgegangen war.

Hiernach kann darauf gerechnet werden, daß der Reinertrag des Jahres 1881 zum mindesten die gleiche Höhe wie im Vorjahre erreichen und demgemäß die an die Prioritäts-Aktien zu zahlende Dividende von 5 Prozent um rot. 137,000 Mark übersteigen wird. Letztere Summe würde an die Inhaber des ältesten nicht voll eingelösten Prioritäts-Dividendenscheins, also pro 1872, mit rot. 0,63 Prozent zur Auszahlung zu bringen sein; der auf die Scheine dieses Jahres rückständige Betrag beläuft sich nach der sub II A. gegebenen Berechnung auf 308,125 Mark, so daß also nach Ausschüttung des Reinertrages pro 1881 noch rot. 171,000 Mark nicht gezahlt wären. Nimmt man an, daß der Reinertrag des Jahres 1882 demjenigen des Vorjahres um ein geringeres (34,008 Mark) übersteigen wird, so würde zu dem Zeitpunkte, an welchem der Staat das Eigenthum an dem Gesellschaftsvermögen erwerben kann, d. i. am 1. Januar 1883, der 1872er Prioritäts-Dividendenschein vollständig gedeckt, und nur noch die gleichen Scheine der fünf Jahre 1873—1877 theils mit dem vollen Betrage (1873 und 1874), theils mit dem Theilbetrage (1875—1877), im Ganzen mit 13¼ Prozent = 2,881,875 Mark rückständig sein.

(Schluß folgt.)

Locales und Provinzielles.

Posen, 9. Februar.

— **Städtischer Verwaltungsbericht.** Die Armenverwaltung hat im verwichenen Jahre wiederum den Etat überschritten. Während rund 83,000 M. für offene Armenpflege vorgesehen waren, sind rund 106,000 M. verausgabt worden. Der Mehrbedarf vertheilt sich mit 14,000 M. auf Almosenempfänger, 3300 M. auf Bekleidung verlassener Kinder, sowie circa 4200 M. an außerhalb unterstützte, hier ortsangehörige Personen. An verauslagten Unterstützungsgeldern sind von anderen Ortsarmenverbänden 4565 M. eingezogen, 2565 M. mehr, als im Etat vorgesehen waren. Die stets wachsende Zahl der Almosenempfänger ist bis 1048 gestiegen und ist leider in weiterem Steigen begriffen Es kann nicht unerwähnt bleiben, daß durch Verfügungen der Posenschen Deputation für das Heimathswesen die Beträge vieler Unterstützungen erheblich gegen das Votum der Armendeputation erhöht worden sind. Es wurden bedacht fortlaufend mit Almosen in Höhe von 3 M. 411 Personen, 4 M. 118 Personen, 4,50 M. 117 Personen, 5 M. 82 Personen, 6 M. 185 Personen, 7 M. 9 Personen, 7,50 M. 34 Personen, 8 M. 10 Personen, 9 M. 45 Personen, 10 M. 12 Personen, 10,50 M. 1 Person, 12 M. 14 Personen, 15 M. 9 Personen, 18 M. 1 Person. Für die Armen-Krankenpflege im Revier waren erforderlich für Almosenempfänger 844 M., für Nicht-Almosenempfänger 2808 M. Gegen den Etat sind mehr verausgabt 253 M. Die Ausgaben für verlassene Kinder steigen in bedenklicher Weise von Jahr zu Jahr. Die Stadt hat eine Anzahl hier unehelich geborener Kinder vermuthlich bis zum 14. Lebensjahre zu verpflegen, deren Mütter außerhalb Dienste genommen haben oder nicht zu ermitteln sind. Ferner ist das Auseinanderlaufen von Eheleuten der niederen Volksklasse an der Tagesordnung und es müssen deren oft zahlreiche Kinder nicht selten auf polizeiliche Requisition zeitweilig in städtische Pflege genommen werden. Auch sind im letzten Sommer eine ziemliche Menge Bekleidungsanträge eingegangen, weil diejenigen Kinder, welche keine Fußbekleidung besaßen, aus den Schulen ausgewiesen werden sollten und meistens im Wege der Armenpflege bekleidet wurden. Außerordentliche Einnahmen hatte der Armenfond seit Erscheinen des letzten Verwaltungsberichts: aus Konzerten 50 M. 35 Pf.; an Strafgeldern aus Schiedsmannssachen 257 M. 67 Pf; von einem Wohlthäter, welcher ungenannt bleiben will 206 M.; aus der im Standesamte aufgestellten Büchse rund 72 M.; durch die Ablösung der Neujahrsgratulationen vermittelst Zahlungen an die Armenkasse gingen ein 174 M.; von Herrn Sch. David Jaffé 300 M.; von Frau Kommerzien-Räthin E. Jaffé 500 M.; von Herrn S. Auerbach überwiesen durch Herrn Tunmann 44 M. und von den Stadträthen Herren Kaatz und S. Jaffé je 150 M.; endlich von einem Herrn Cohn aus Berlin 30 M.

In Folge des im deutschen Reichstage gelegentlich der Berathung des Unfallversicherungsgesetzes gestellten Antrages von Varnbüler und Genossen ist auf Anordnung der königlichen Regierung hierselbst eine sogenannte Armenstatistik aufgestellt. Dieser zufolge bezogen 1880 öffentliche Armenunterstützung wegen Arbeitsunfähigkeit, welche nicht auf Verletzung durch Unfall, geistigen oder körperlichen Gebrechen beruht, 279 Männer, 566 Frauen und 385 Kinder solcher Männer und Frauen, zusammen 1232, davon wurden dauernd unterstützt 845, vorübergehend 387; wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen, z. B. Blindheit, Blödsinnigkeit 2c. 30 Männer, 48 Frauen und 36 Kinder derselben, zusammen 118; aus anderen Gründen, z. B. wegen übergroßer Kinderzahl 246 Männer, 477 Ehefrauen und 514 Kinder, Wittwen, geschiedene und ledige Frauenspersonen 136, Kinder und Doppelwaisen 684, zusammen 2057. Im Ganzen wurden dauernd unterstützt 1094, vorübergehend 963. In Ermangelung von Vorarbeiten konnte nur der Stand von 1880 genommen werden. — Das Pfleglingswesen hat beträchtliche Ausgaben verursacht, da die Nöthigung verlassene Kinder aufzunehmen, von Jahr zu Jahr zunimmt. — Vom 1. Oktober 1880 bis zum 30. September 1881 sind 370 passante Pflegekinder aufgenommen worden. — Was die Prozesse gegen Armenverbände betrifft, so sind gegen säumige Verpflichtete 66 Klagen bei der hiesigen Deputation für das Heimathwesen und auswärtigen Bezirksverwaltungsgerichten angestellt worden. In 16 Fällen erfolgte die Befriedigung vor der Entscheidung. 1 Klage ist zurückgenommen nachdem der wirklich verpflichtete Armenverband ermittelt worden war. 22 Prozesse sind durch Spruch entschieden und zwar 21 zu Gunsten, 1 zu Ungunsten Posens. Letzterer schwebt in der Berufungsinstanz. Bei Gerichten sind 17 Zahlungsbefehle extrahirt worden. Drei Prozesse sind (nach erhobenem Widerspruch gegen den Zahlungsbefehl) zu Gunsten der Gemeinde entschieden, 3 schweben noch. Acht Prozesse, durch förmliche Klagen angestellt, haben günstigen Erfolg gehabt, zwei schweben noch. Gegen den Ortsarmenverband Posen sind drei bis jetzt unentschiedene Prozesse angestrengt worden. — Bei dem Abonnement für Kur erkrankter Dienstboten und Lehrlinge ist abermals eine Mindereinnahme gegen den Etat. Gegenüber den Vortheilen, welche es bietet, ist die Theilnahme des Publikums an dieser Einrichtung gering. Im laufenden Jahre sind nur 547 Scheine gelöst worden. Eine erhebliche Mehrausgabe gegen den Etat verursacht wieder das städtische Krankenhaus und zwar in Höhe von 10,105 M. Unter den Kosten ist allein eine Ueberschreitung von 7481 M. für Speisung zu notiren. Eine große Anzahl von Personen, welche hier gerichtlich verurtheilt waren, jedoch nur dann in Kosten 2c. zur Detention angenommen werden, wenn sie völlig gesund sind, mußten hier auf Kosten der Kommune kurirt werden. Auch nimmt die Zahl derjenigen zu, welche eher in ein Arbeitshaus als in ein Lazareth gehören, sich aber mit Vorliebe namentlich in den Wintermonaten arretiren lassen, um verpflegt zu werden. Die neu gewonnenen Räumlichkeiten haben kaum genügt, um im vergangenen Sommer, als Ruhr und Typhus gleichzeitig herrschten, alle Kranke, wozu namentlich das Gerichtsgefängniß erheblich beitrug, bequem unterzubringen.

Ein kleiner Minderbedarf (457 M. 14 Pf.) gegen den Voranschlag stellt sich bei dem Hospital heraus. Wegen bequemerer Verlegung der Hospitaliten wird erst dann Beschluß gefaßt werden, wenn die Waisenknabenanstalt das Lokal in der Neuen Straße verlassen haben wird und der Umfang der baulichen Veränderungen im Hause zu übersehen ist. — In dem Zeitraum vom Oktober 1880 bis Ende September 1881 waren im Hause der Obdachlosen im Ganzen 794 mit einer Gesammtzahl von 2738 Tagen. Fristkarten waren 638 ausgestellt worden. Da verschiedene lüderliche Personen öfter als 6 Mal das Haus der Obdachlosen besuchten und es darauf ankommen ließen, ob sie nach dem Ablauf der früher „3 Tage" betragenden Frist ausgewiesen werden würden, so ist die Anordnung von der königl. Polizeiverwaltung getroffen, um den Mißbräuchen nach Möglichkeit vorzubeugen, daß die Fristkarten der Regel nach auf 48 Stunden lauten. — In Folge des Gesetzes vom 13. März 1878 sind bis jetzt 20 Kinder von hier in Zwangserziehung gegeben worden.

— **Stadttheater.** Freitag, den 10. Febr.: „Wildschütz". Sonnabend, den 11. Februar: „Nibelungen-Ring". (Ermäßigte Preise.) Sonntag, den 12. Februar: „Die Höhle des Löwen", neues Lustspiel, und „Lucia von Lammermoor". Anfang 6½ Uhr. Montag, den 13. Februar: „Der Jourfix". Dienstag, den 14. Februar: „Carmen". (Carmen Frl. Wally.) Mittwoch, den 15. Februar: „Unsere Frauen". (Ermäßigte Preise). Donnerstag, den 16, Februar: Einmaliges Konzert von „Maurice Dengremont". (Erhöhte Preise.)

— **Rettungsmedaille.** Dem Schäferknecht Gottfried Jähner zu Pawlowitz im Kreise Fraustadt, ist die Rettungsmedaille am Bande verliehen worden.

r. **Diebstähle.** Am 7. d. M. wurde einer Bewohnerin des Hauses Mühlenstraße 34 aus unverschlossener Wohnstube ein hellblaues Kleid, eine schwarze Ripsjacke, ein Bettlaken und 2 leinene Frauenhemden gestohlen. — Ein Dienstmädchen, welches im Verdachte steht, seinem Dienstherrn auf der Gr. Gerberstraße ein Portemonnaie mit 10 Mark entwendet zu haben, wurde gestern zur Polizeidirektion sistirt.

r. **Ein total betrunkenes Frauenzimmer** wurde am 8. d. M. Nachmittags mittelst des bekannten Transportwagens nach dem Polizeigewahrsam gebracht.

§ **Samter**, 7. Februar. [Wegebauten. Remonten.] Im Laufe des Rechnungsjahres 1881/82 sind für die Wegebauzwecke in unserem Kreise vom königlichen Wegebaufiskus 10,248,80 M., vom Kreise 3265,83 M. und von den Guts- resp. Gemeindebezirken 295,47 M., zusammen 13,810,10 M., bewilligt resp. gezahlt worden. Mehrere Arbeiten sind noch in der Ausführung begriffen. Von der provinzialständischen Kommission für den Chaussee- und Wegebau sind an Beihilfen in Summa 2717,18 M. bewilligt worden. Abgesehen von allen Arbeiten, welche die Wegebau-Verpflichteten in natura geleistet haben, beträgt demnach die Gesammtsumme aller baaren Aufwendungen in dem laufenden Etatsjahre für den Wegebau in unserem Kreise 21,343,28 M. — Wie schon seit einigen Jahren hat auch eine Zusammenstellung der im vorigen Jahre auf den in der Provinz Posen abgehaltenen Remontemärkten angekauften Pferde das erfreuliche Resultat ergeben, daß unser Kreis von sämmtlichen Kreisen der Provinz Posen die meisten und besten Pferde (168) zum Verkauf gestellt hat und daß auch aus demselben die meisten Pferde angekauft worden sind. Der höchste Preis für ein Pferd ist innerhalb unserer Provinz ebenfalls im Kreise Samter gezahlt worden (1020 M.). Auch diesmal waren es die Herren Amtsrath Sasse-Ottorowo und Fehlan-Kazmierz, welche die meisten und vorzüglichsten Pferde zum Verkauf stellten und die höchsten Preise erzielten.

Gnesen, 7. Februar. [Pferdemarkt.] Der gestern hier abgehaltene Pferdemarkt hatte einen sehr lebhaften Verlauf. Der Auftrieb war ein sehr starker und die Zahl der zugeführten Pferde betrug gegen 3000 Stück, wovon Rußland und Polen nur eine kleine Anzahl gestellt hatte. Auswärtige Käufer waren zahlreich erschienen. Der Verkehr war äußerst lebhaft und wurden hohe Preise angelegt. Für Luxuspferde traten Käufer aus Berlin, Breslau, Hamburg, Hannover, Leipzig, Dresden, Frankfurt a. M. 2c. auf, während Ackerpferde, die ebenfalls flott gekauft wurden, größtentheils für die Provinzen Posen, Schlesien und Preußen Abnehmer fanden. Der größte Theil des Auftriebes bestand aus guten Pferden. Es wurden folgende Preise angelegt: für Luxuspferde bis 2000 M., gute Kutschpferde bis 1500 M., Ackerpferde 300—750 M., zweijährige Fohlen bis 350 M. Von dem Auftrieb wurden mindestens über zwei Drittel verkauft. Der Markt war bis gegen Mittag vollständig beendet. (Brb. Ztg.)

✕✕ **Kosten**, 7. Februar. [Landbeschäler. Mikroskopische Fleischschaubezirke. Turnverein. Wahlen.] Im diesseitigen Kreise sind in diesem Jahre 3 Landbeschäler-Stationen, zu Borowko (mit 5 Beschälern), Grysyn (mit 4 Beschälern) und Racot (mit 3 Beschälern) geschaffen worden. Der Deckungspreis beträgt 9 bis 15 Mark. — Nunmehr sind auch in dem Polizeidistrikt Schmiegel West zur mikroskopischen Untersuchung des Schweinefleisches die Fleischschaubezirke Bucz, Sniaty, Zegrowko und Siekowo mit den dazu gehörigen Ortschaften gebildet worden. Zu konzessionirten Fleischbeschauern sind Lehrer Kutzner in Bucz, Lehrer Merkel in Sniaty, Lehrer Wende in Zegrowko und Lehrer Kurzisz in Siekowko ernannt. — Nach Beschluß der letzten Generalversammlung feiert der Turnverein am Sonnabend im Lokale des Hrn. Krüger sein diesjähriges Stiftungsfest. Die Feier wird mit Konzert beginnen, welchem sich Schauturnen, Tanzkränzchen und ein gemeinschaftliches Abendbrot anschließen werden. Der hiesige Gesangverein ist zur Theilnahme an dem Feste eingeladen worden. — Zu Mitgliedern des Schulvorstandes bei der katholischen Schule in Lubnica sind die Wirthe Ciesielski zu Lubnica, Ciorga zu Lubnica und Michalski zu Zielencin, und zum Schulkassen-Rendanten der Wirth Czekaj zu Lubnica gewählt und bestätigt worden. Ebenso hat die landräthliche Bestätigung erhalten die Wahl des Wirth Kaczor zum Schulzen und Ortssteuer-Erheber in der Gemeinde Witkowki.

u. **Rawitsch**, 7. Februar. [Der Lokalverein zur Fürsorge für entlassene Sträflinge] hielt gestern seine Versammlung im laufenden Monate ab. In der Sammelbüchse sind aus der vorigen Sitzung 4,25 M. vorgefunden worden. Aus der seit der letzten Sitzung geführten Korrespondenz kam Folgendes zur Mittheilung: 1) Wegen eines schon vor längerer Zeit aus der hiesigen Anstalt entlassenen Sträflings, für den die Regierung die Hilfe des Vereins in Anspruch genommen hat, ist an das Polizei-Präsidium nach Posen geschrieben worden. Herr Pastor Werner hat während seines letzten Aufenthaltes in Posen den Betreffenden aufgesucht. Er schildert dessen trostlose Lage und bittet, helfend einzugreifen. Nach näherer Erwägung aller Umstände ist beschlossen worden, die Antwort des Polizei-Präsidiums erst abzuwarten. 2) Die Inserate, die für den entlassenen Sträfling K. in die Zeitungen eingerückt worden sind, sind ohne Erfolg geblieben. 3) Eine Offerte für den Gefangenen B. ist einen Tag nach seiner Entlassung eingegangen. Doch ist es noch möglich gewesen, ihm dieselbe zuzustellen. 4) Die monatliche Unterstützung von 7,50 Mark, die dem Polizeipräsidium in Posen für den entlassenen Maurer C. ist zugeschickt worden, gelangte an den Verein zurück, da C. etwa 14 Tage nach seiner Entlassung wegen Diebstahls wieder verhaftet worden ist. 5) Der infolge Freisprechung aus der Anstalt entlassene B. hat vom Vereine eine Unterstützung von 50 M. erhalten. — Mehrere Herren, theils aus der Stadt, theils von auswärts erklärten ihren Beitritt zum Vereine. Einige von ihnen haben Jahresbeiträge von 20 M. der Kasse überwiesen; Herr Kramer aus Berlin hat eine Nähmaschine für einen Schneider geschenkt. — Hierauf berichteten die beiden Anstaltsgeistlichen über zu entlassene Sträflinge, welche die Fürsorge des Vereins in Anspruch genommen haben. — Schließlich wurde beschlossen, die Generalversammlung erst nach Ostern abzuhalten. Der Vorsitzende ersuchte Herrn Amtsrichter Lehmann, dabei einen Vortrag halten zu wollen.

↗ **Pleschen**, 8. Februar. [Freiwillige Feuerwehr. Verein junger Kaufleute.] Gestern Abend hielt im Lokale des Herrn Fliegert der freiwillige Feuerwehr-Verein eine General-Versammlung, behufs Aenderung der Statuten ab. Fast einstimmig wurde die Aenderung des § 26 des Statuts dahin angenommen, „daß es Pflicht eines jeden Mitgliedes ist, bei Beerdigung eines derselben in Uniform dem Leichenzuge zu folgen". U. a. wurde auch die Anschaffung eines Geräthschaftswagens beschlossen. — Seit kurzer Zeit hat sich hier wiederum ein „Verein junger Kaufleute" gebildet. Derselbe zählt bis jetzt 56 Mitglieder und sind in der General-Versammlung am 1. d. Mts. in den Vorstand gewählt worden, die Herren Moritz Barin als Vorsitzender, Ludwig Ohnstein als stellvertretender Vorsitzender, G. Levy als Schriftführer, Emil Rosenbaum als Rendant und L. Brandt als Bibliothekar. Am 1[illegible]. d. Mts. wird im Vereinslokale, Ollendorf'schen Saal, Herr cand. jur. Schlesinger einen Vortrag „Ueber die Verfassung des preußischen Staates" halten.

§ **Schrimm**, 8. Februar. [Mordversuch. Toller Hund. Kontrollversammlung.] Ein abscheuliches Attentat verübte

vorgestern das 17jährige Kindermädchen des Lehrers Rajewski gegen das 6 Monate alte Kind ihrer Dienstherrschaft. Dieses Mädchen versuchte, um den Dienst los zu sein, durch eine Phosphorauflösung, die sie in die Milch that, das Kind zu vergiften, doch wurde zum Glück die That zeitig genug entdeckt, und das Kind am Leben erhalten. Anfangs läugnete die Magd, doch fand man in ihrem Koffer eine Schachtel Streichhölzer, von denen der Phosphor abgelöst war, und einen Brief ihrer Schwester, worin diese dem Kindermädchen schrieb, nur so zu thun, wie sie verabredet hätten. Angesichts solcher erdrückenden Verdachtsmomente ergriff das Mädchen die Flucht, wurde aber mit Hilfe des Telegraphs bereits heute ergriffen und dem hiesigen Gerichtsgefängnisse überliefert. — Am letzten Wochenmarkte lief auf dem Marktplatze ein Hund umher, der deutliche Spuren von Tollwuth zeigte. Glücklicher Weise war es noch so zeitig, daß nur sehr wenig Leute auf dem Markte waren, und es gelang dem Polizeidiener B., den Hund zu erschießen, ehe dieser ein Unglück anrichten konnte. — Die diesjährige Frühjahrs-Kontrollversammlung findet in Moschin am 11. April, in Bnin am 12., in Schrimm am 13., in Xions am 24., in Dolzig am 25. und in Pyszaca am 26. April statt.

L. **Obersitzko**, 8. Februar. [Vorschußverein.] Am 2. d. M. hielt der hiesige Vorschußverein, eingetragene Genossenschaft, seine statutenmäßige Generalversammlung unter sehr geringer Betheiligung seiner Mitglieder im Vereinslokale ab. Der Bestand an Mitgliedern pro 1881 betrug 390; davon sind im Laufe des Jahres 15 Mitglieder ausgeschieden, so daß am Jahresschlusse 375 Mitglieder verblieben, deren dividendenberechtigtes Guthaben am Ende des Jahres 18,904,71 Mark betrug. Der Rendant des Vereins, Herr Louis Laschke erstattete den Kassenbericht. Danach war die Einnahme: zurückgezahlte Vorschüsse 459,164 M., Vorschußzinsen 7662,36 M., aufgenommene Darlehne 161,276,27 M., Guthaben der Mitglieder 19,925,61 M., Reservefonds 2661,33 M., insgemein 69,25 M. Die Ausgaben betrugen: gegebene Vorschüsse 580,172 M., Zinsen für Anlehen 5430,47 M., zurückgezahlte Darlehne 55,635,38 M., zurückgezahltes Mitgliederguthaben 1020,90 M., Geschäftsunkosten 1000,30 M., Kassenbestand, größtentheils in Werthpapieren, 7499,77 Mark. Die ausstehenden Wechselforderungen betrugen am 1. Januar 121,008 M. Der Reingewinn von 1300,84 M. brachte auf 17,637 M. dividendenberechtigtes Guthaben 7⅓ pCt. Dividende. Zur Reserve kamen 7,46 M., so daß derselbe jetzt 2668,71 M. beträgt. An Zinsen wurden 5 pCt. für Einlagen bewilligt, aber nur 6⅔ pCt. für Vorschüsse erhoben. An Stelle der statutenmäßig ausgeschiedenen Mitglieder wurden Ackerbürger C. Grünberg, Kürschnermeister S. Burde und Holzhändler H. Kozlowski wieder, und Bäckermeister H. Traube neu gewählt. Zum Vorsitzenden des Aufsichtsrathes wurde C. Grünberg, zum Stellvertreter der Mühlenbesitzer H. Fechner und zum Protokollführer Lehrer G. Lißner gewählt.

△ **Schneidemühl**, 8. Februar. [Ausgesetzt. Konzert. Kaufmännischer Verein. Personalien.] Gestern Abend fand man hier auf der Bromberger Vorstadt ausgesetzte Zwillinge. Die Mutter der Kinder, welche es über sich gewonnen hatte, trotz der Winterkälte in dieser Art mit den Kleinen zu verfahren, und welche die Absicht gehabt hatte, sie so dem zu ihrem Unterhalte verpflichteten Vater zu überweisen, wurde ergriffen und der Behörde übergeben. — Am 12. Februar wird hier von dem österreichischen Damenquartett, welches überall mit vielem Beifall aufgenommen wurde, ein Konzert veranstaltet werden. Es werden in dem Konzerte hiesige Kräfte mitwirken. — Der hiesige kaufmännische Verein hat sich heute aufgelöst. Das Vermögen desselben, ca. 150 M., soll zur Hälfte der hiesigen Diakonissenstation, zur Hälfte dem hiesigen evangelischen und jüdischen Armenvereine überwiesen werden. — Lehrer Groß wird zum 1. April c. eine Stelle in Osterode (Ostpreußen) übernehmen.

II **Bromberg**, 7. Februar. [Vorschußverein.] In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Vorschußvereins (Eingetragene Genossenschaft) erstattete der Vorsitzende den Verwaltungsbericht für das XXII. Geschäftsjahr 1881. Nach demselben betrug die Mitgliederzahl am Anfang des Geschäftsjahres 983 Personen. Während desselben sind neu eingetreten 69, ausgeschieden sind: freiwillig 99, durch den Tod 15, durch Verzug 22, durch Ausschluß 26, so daß die Zahl der Mitglieder am Schluß des Jahres 895 Personen betrug, davon sind männlich 773, weiblich 122, welche den verschiedensten Berufen angehören, in Bromberg und deren nächster Umgebung wohnen 719 und aus auswärts 176. — Die rückständigen Wechselvorschüsse betrugen am 1. Januar 1881 608,247,63 Mark, an neuen Vorschüssen wurden auf 3023 Wechsel verausgabt 2,100,716,78 M., zurückgezahlt 2,094,866,99 Mark. — An Zinsen wurden eingenommen 43,342,28 M., verausgabt 2842,31 M. — Der Reservefonds betrug am 1. Januar 1881 12,435,28 Mark; demselben wurden aus dem Reingewinn des Jahres 1880 überwiesen 2840,26 M., durch Eintritt neuer Mitglieder 2c. flossen diesem Conto weitere 705,08 M. zu. Aus dem Reservefonds verausgabt wurden 4167,96 M. An Geschäftsantheile und Mitglieder-Depositen-Conto waren 1880 vorhanden 201,827,95 M., an Depositen über den Geschäftsantheilen 358,761,55 M., im Laufe des Jahres sind weitere 288,962,28 M. eingelegt, abgehoben wurden 286,256,63 M. — Die Geschäftsunkosten des Vereins beliefen sich im vergangenen Jahre auf 7776 M., wovon auf Gehälter des Vorstandes 5550 M., auf Besoldung des Kassenboten 720 M., Entschädigung an die Revisions-Kommission 300 Mark kommen, der Rest vertheilt sich auf andere Ausgaben. Die Spareinlagen betrugen am 1. Januar v. J. 33,170,40 M. Zu diesen Beiträgen kamen weitere 69,036,75 M., abgehoben wurden 50,997,01 M., wodurch das Kapital-Conto die Höhe von 51,210,14 M. erreichte. Die durch den Verein erworbenen Grundstücke sind mit 17,774,18 M. belastet. Die zur Vermeidung müssig liegender Baarbestände angekauften Effekten, bestehend aus 4½ prozentigen Westpreußischen Pfandbriefen, standen zu Buch 10,637,78 M., verausgabt auf dieses Conto wurden durch Lombardirung bei der Reichsbank und Rückzahlung der entnommenen Darlehne 35,752,70 M., vereinnahmt 35,823,28 M. — Das Vereinsvermögen, welches aus den Geschäftsantheilen, dem Reservefonds und dem Inventarium des Vereins zusammengesetzt ist, bestand am Schlusse des Geschäftsjahres aus 11,812,66 M. Reservefonds, 201,827,95 M. Geschäftsantheile und 745,69 Mark Inventarium. — Das Betriebs-Kapital aus dem Vereinsvermögen der Mitglieder-Depositen und den Kapitalien von Nichtmitgliedern bestehend, beläuft sich auf: Vereinsvermögen exkl. des Inventars 213,640,61 M., Mitglieder-Depositen über den Geschäftsantheilen 358,761,55 M., Spareinlagen von Nichtmitgliedern 51,210,14 M. — Der Reingewinn beträgt für das abgelaufene Jahr 4969,71 M.

☿ **Bromberg**, 7. Februar. [Prüfungsresultate.] Bei der in der vergangenen Woche stattgehabten Seminarentlassungsprüfung haben von 35 Seminaristen 31 das Examen bestanden; die vier Schulhalter sind sämmtlich nicht für qualifizirt erachtet worden. Der Prüfung saß der Provinzial-Schulrath Luke aus Posen vor, die Bromberger Regierung war durch Schulrath Jungclaas vertreten.

Aus dem Gerichtssaal.

× **Gnesen**, 7. Febr. [Schwurgericht.] Während der ersten diesjährigen Schwurgerichtsperiode hierselbst, welche den Zeitraum vom 23. Januar bis incl. 4. Februar in Anspruch nahm, sind acht Anklagesachen verhandelt worden, und zwar am 23. Januar gegen die Tagelöhnerwittwe Andrzejczak wegen Meineid und gegen den Schäferknecht Nowak wegen Körperverletzung mit tödtlichem Erfolge. Erstere ist mit 8 Monaten Gefängniß, letzterer mit 4 Jahren Zuchthaus bestraft worden. Am zweiten Verhandlungstage erschienen drei noch recht jugendliche Verbrecher auf der Anklagebank: die Knechte resp. Miethsjungen Joseph Lisiecki aus Baranowo, Valentin Chlopcza und Vincent Torzewski. Die Verbrechen, deren diese Angeklagten beschuldigt waren, bestanden in mehrfachen Diebstählen und Beraubung resp. Aufreizung und Theilnahme daran. Lisiecki erhielt 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Chlopcza 6 Wochen und Torzewski 2 Wochen Gefängniß. Die dritte Verhandlung am 25. Januar bildete die Anklage gegen den Arbeiter Kiniec wegen Brandstiftung, Unterschlagung und Diebstahl. Der Angeklagte wurde für diese Vergehen mit zwei Jahren Zuchthaus bestraft. Die auf den 26. Januar festgesetzte Aburtheilung einer Anklage gegen den Knecht Raczynski aus Gembarzewko wegen Brandstiftung und Diebstahl wurde vertagt. Der Gegenstand der Verhandlung am 27. Januar bildete ebenfalls eine Brandstiftung und war der Dienstjunge Gorączkowski dieses Verbrechens beschuldigt. Derselbe wurde mit 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus bedacht. Am 28. Januar nahm eine Verhandlung gegen den früheren Chaussee-Aufseher Leuschner wegen Urkundenfälschung und ähnlicher Vergehen ihren Anfang und erst am 31. Januar hatte diese Sache ihr Ende erreicht. Die einzelnen Anklagefälle waren so zahlreich und so verwickelt, daß eben die Klarlegung derselben so viel Zeit in Anspruch nahm. Es wurden in dieser Sache 25 Zeugen und 2 Sachverständige vernommen. Das Urtheil der Geschworenen lautete auf Schuldig und das Strafmaß wurde auf 2 Jahre Zuchthaus festgesetzt. Erst gegen Mitternacht des letzten Verhandlungstages wurde das Urtheil gesprochen. Nachdem noch am 1. d. M. gegen den Tagelöhner Grzeskiewicz wegen Diebstahls verhandelt und diesem 4 Wochen Gefängniß zugesprochen worden, kam am 3. Februar die Anklagesache gegen den Kaufmann Elias Löwenthal aus Tremessen wegen Anstiftung zum Meineide vor das Forum der Geschworenen. Das Verdikt der Geschworenen lautete auf Schuldig, worauf der Gerichtshof den Angeklagten zu 3 Jahr 4 Monate Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe verurtheilte. Auch in dieser Sache wurden 25 Zeugen vernommen.

Landwirthschaftliches.

‡ **Inowrazlaw**, 7. Februar. [Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins.] Am 1. d. Mts. fand hierselbst eine Sitzung des landwirthschaftlichen Vereins statt, an welcher 58 Mitglieder Theil nahmen. Der Versammlung wohnten außerdem noch einige Gäste und zwei Delegirte des Rustikalvereins Gniewkowitz bei. Der Vorsitzende, Landschaftsrath Hinsch-Lachmirowitz, eröffnet die Sitzung mit einigen geschäftlichen Mittheilungen. Darauf hielt Herr Dr. Wildt aus Posen einen Vortrag über die Frage: Wie viel Pflanzennährstoffe werden dem Boden durch eine Zuckerrübenernte entzogen, wie viel davon durch die Schnitzel wieder zurückgeführt und wie viel Ersatz ist daher nothwendig? Der Vortragende nennt zunächst als die dem Boden nöthigsten Nährstoffe Stickstoff, Phosphorsäure, Kali und Kalk und theilt sodann die Resultate einer in Bezug auf die obige Frage vorgenommenen Durchschnittsanalyse mit. Nach diesen enthalten 1000 Pfund Zuckerrüben 1,6 Pfd. Stickstoff, 0,9 Pfd. Phosphorsäure, 3,7 Pfd. Kali, 1,1 Pfd. Kalk, es würde also einem Morgen Boden, der 180 Zentner Rüben ergeben habe und dem dann 33⅓ pCt. Rübenschnitzel wieder zurückgegeben würden, etwa 24 Pfd. Stickstoff, 15 Pfd. Phosphorsäure, 66 Pfd. Kali, 0,6 Pfd. Kalk überhaupt entzogen werden. Diese Stoffe müßten durch künstliche Düngemittel ersetzt werden, denn es sei als ein großer Fehler zu betrachten, wenn man nicht rechtzeitig an den Ersatz von Kali denke; Referent weist hierbei auf die in sächsischen Rübenwirthschaften gemachten Erfahrungen hin, erwähnt der Nematodenkrankheit und führt schließlich aus, daß man den Kalimangel am billigsten durch Kainit abhelfen könne, von welchem 4 Ztr. für 60 Pfd. Kali zu nehmen sein würden. An den Vortrag schloß sich eine sehr eingehende Debatte, in welcher besonders betont wurde, daß Kainit sich in der hiesigen Gegend wenn nicht schädigend, so doch indifferent erwiesen habe und daß die Anwendung des Kainit überhaupt nicht die Erfolge aufzuweisen scheine, die derselben in der Theorie beigelegt werde. Der Vorsitzende resumirte das Ergebniß der Debatte dahin, daß, wenn auch unser Boden zur Zeit noch keinen Mangel an Kali leide, den Rath, dem Kalimangel rechtzeitig vorzubeugen, sehr zu beherzigen sein müsse und daß daher in den hiesigen Rübenwirthschaften immer wieder Versuche darüber angestellt werden möchten, inwieweit sich ein Ersatz der oben erwähnten Nährstoffe als nothwendig herausstelle. Es referirte sodann Herr Rath-Jazewo über einen Vergleich der Dampftiefkultur mit Gespannarbeit in Bezug auf Kosten und Qualität der Arbeit. Redner gab zunächst einen Rückblick über den bisherigen geschichtlichen Verlauf der von England nach Deutschland eingeführten Dampfbodenkultur, erwähnte der geringen Erfolge, die anfänglich erzielt worden seien und verbreitete sich sodann eingehender über die Versuche, die in der letzten Zeit in hiesiger Gegend angestellt worden sind. Vorweg wurde bemerkt, daß noch manche Vorbedingungen zu erfüllen sein müßten, ehe hier Dampfpflüge mit erwünschtem Erfolge angewendet werden könnten; große Hindernisse böten schlechte Wege, schlechte Brücken, die Gräben auf den Ackerstücken, Feldwiesen, Bäume, Steine; Haupterforderniß wäre eine vorher gut durchgeführte Drainage. Herr Rath wandte sich sodann zur Beschreibung der einzelnen Dampfpflüge, besprach zunächst das Zweimaschinen- und dann das Einmaschinen-System, gab an der Hand von Zahlen eine genaue Uebersicht über die Kosten bei der Anwendung beider Systeme pro Tag und Morgen und verglich sodann damit die Arbeit durch Zugochsen und Pferde mit Wanzlebener Pflügen. Der Vergleich sprach, wie die angeführten Zahlen ergaben, zu Gunsten der letzteren. Diese Wahrnehmung ist, wie die dem Vortrage folgende Debatte ergab, auch von anderen Mitgliedern, u. A. von Herrn Amtsrath Seer, gemacht worden. Herr Hinrichsen-Rucewo, der selbst einen Dampfpflug besitzt, stellte zur nächsten Sitzung ein Korreferat zu dem Vortrage des Herrn Rath in Aussicht. — Ein Vortrag des Herrn Wentscher-Siemionken über Torfstreu wurde der vorgerückten Zeit wegen vertagt.

Staats- und Volkswirthschaft.

** **Zur Währungsfrage.** Die im Gefolge des pariser Krachs eingetretenen Bewegungen auf dem internationalen Geldmarkte geben der bimetallistische Agitation willkommenen Anlaß zu dem Versuch, alle Schuld an der gegenwärtigen Höhe des Diskonts der Goldwährung zuzuschreiben und die Geschäftswelt durch die angebliche Aussicht auf dauernde Geldvertheuerung in Aufregung zu versetzen. Nach ihrer Darstellung soll sich ein unheilvoller Vorgang vollziehen. Die geldbedürftigen pariser Financiers werfen Effekten nach London, Berlin, Brüssel u. s. w., es entsteht ein Ziehen an der „kurzen Decke" des Geldvorraths, dessen Folgen — sagt man — Handel und Industrie schwer treffen und dessen Ende bei dem herrschenden Goldmangel gar nicht abzusehen ist. Es kann nicht leicht eine unrichtigere Schilderung der jetzt im internationalen Verkehr ausgeführten geschäftlichen Operationen und ihrer Bedeutung für den Geldmarkt geben, als diese. Was sich jetzt vollzieht, ist nichts anderes, als ein Gesundungsprozeß, der nach dem krankhaften pariser Gründungs- und Agiotage-Schwindel nicht allein unvermeidlich war, sondern auch für die fernere Entwicklung des soliden Handels nur heilsam sein kann. Freilich wandern beträchtliche Mengen von Werthpapieren gegenwärtig aus Frankreich über den Kanal und über die die deutsche Grenze. Aber dieses Geschäft unterscheidet sich seinem Wesen nach durchaus nicht von anderen und zwar ganz rationellen Geschäften. Es handelt sich dabei nicht um pariser Schwindelpapiere, sondern um solide Werthpapiere internationalen Charakters. Wenn der Engländer, der Deutsche solche Papiere zu den durch die Katastrophe gedrückten Preisen kauft, zu denen sie der Franzose in seiner Zwangslage offeriren muß, so thut er es in der vollberechtigten Erwartung, sie nach Beruhigung der Verhältnisse in Frankreich demnächst wieder zu besseren Preisen mit Profit abzusetzen, und wenn der Ankauf Goldsendungen nach Frankreich nöthig macht, weil für den ungewöhnlichen Bedarf des Augenblicks nich Wechsel genug am Markt sind, so wird der Wiederverkauf später ebenso nothwendig Goldsendungen aus Frankreich nach sich ziehen. Das Resultat muß, aller geschäftlichen Berechnung nach, ein Gewinn sein für diejenigen Länder, welche jetzt vortheilhaft einkaufen können, und ein Verlust für Frankreich, daß damit eine Buße für die Ausschreitungen seine Spekulation und für die jetzt von ihm über den Geldmarkt gebrachte Beunruhigung zahlt. Denn allerdings vollzieht sich diese Ausgleichung im internationalen Effektenhandel nicht ohne vorübergehende Beunruhigung weiterer Geschäftskreise. Aber selbst in dieser Hinsicht ist sie nicht nur wirthschaftlich nothwendig, sondern auch in ihren dauernden Folgen wirthschaftlich heilsam. Je eher die Ueberschützung der Mittel, auf welcher das Schwindeltreiben in Paris und Lyon basirte, sich als solche erweist, um so eher wird eine Gesundung der Geschäftslage eintreten. In der That hätte die solide Geschäftswelt kaum ein größeres Unheil treffen können, als wenn jetzt der Traum der Bimetallisten verwirklicht und das Silber als internationales Zahlungsmittel rehabilitirt wäre, denn die damit bewirkte Anschwellung der für den internationalen Verkehr brauchbaren Edelmetallvorräthe würde eine weitere Steigerung des Schwindels gestattet haben, der bei dem schließlich doch unvermeidlichen Zusammenbruch nur eine um so verheerendere Wirkung auf alle Geschäftskreise gefolgt sein würde. Die Schranke, welche die durch die französische Nachfrage nach Gold veranlaßten Diskont-Erhöhungen für den Geschäftsverkehr errichten, mag auch für die reelle Geschäftswelt nicht ohne Nachtheile sein, aber dieselbe ist doch zugleich der Damm, welcher sie vor einer weit unheilvolleren Hochfluth der Spekulation schützt. Hinzusetzen wollen wir übrigens, daß nach unserer Information deutsches Gold bis jetzt so gut wie nicht abgeflossen ist. Was versandt wurde, waren französische Zwanzigfranksstücke und russische Imperiale, und zwar hat Deutschland diese Münzen mit sehr guten Nutzen gegen den früheren Einkaufspreis abgegeben. Nur wer nicht weiß, daß Münzen auch Waare sind, wird dies für eine nicht günstige Operation ansehen.

** **101. Königl. Sächs. Landes-Lotterie.** 2. Klasse, 2. Ziehung vom 7. Februar.

15,000 M. Nr. 17166.
5000 M. Nr. 35967 64328 92334.
3000 M. Nr. 13856 47703 60280.
1000 M. Nr. 32439 42422 55109 76930 77698 79390 671 93611.
500 M. Nr. 181 1922 6218 9392 20349 23289 25432 26936 36199 39500 49477 732 59545 60047 61944 64530 67849 71577 76790 82322 89927 97271 326 99357.
300 M. Nr. 3451 4010 433 9171 13700 15788 21162 300 755 30082 31587 952 32437 33981 41014 53946 54959 60359 68421 69858 71956 72267 78147 80360 81797 83874 84145 83 840 85584 87418 95830 96729.
250 M. Nr. 794 2901 31 38 74 9952 10287 13680 14252 309 569 914 15961 16760 17328 19321 72 514 20653 924 21856 24157 25025 26146 416 27881 35650 40190 41037 622 825 42724 44593 45327 508 71 50137 448 53774 55645 56052 57887 60080 61737 62540 723 880 63315 26 66129 68 848 70533 640 73440 765 74373 841 75468 77211 78809 80889 81658 82614 83106 85668 88030 247 89370 90197 280 92038 891 95018 412 95861 96965 98130.
200 M. Nr. 303 1513 683 3121 22 4433 670 727 6483 9387 10458 11583 12591 783 972 15515 16717 19 17274 19396 20322 928 21397 420 768 23033 298 25391 946 26002 776 27056 846 28108 241 29294 335 724 30126 227 318 25 575 31001 944 33063 324 34526 35525 807 38118 666 39770 40042 815 41950 42182 326 44519 93 45599 767 46665 49031 511 51864 52110 40 43 416 25 53036 714 54360 55485 509 56885 57585 993 58344 59191 60035 835 62092 547 756 63054 64013 66119 21 68501 788 70328 753 71372 739 73891 75039 766 777 992 76788 77031 738 57 78287 751 79294 80345 448 81193 226 82343 500 889 83108 89 303 84223 85535 760 86164 488 610 88492 89466 614 90355 533 970 91853 93803 94683 95711 96101 395 405 502 97699 98036 717 827 99871 972.

** **Leipzig**, 7. Februar. [Produkten-Bericht von Hermann Jastrow.] Wetter: Schnee und Regen. Wind: W. Barometer, früh 28/2'''. Thermometer, früh — 2°.

Weizen per 1000 Kilogramm Netto ruhig, loko hiesiger 232—238 Mark bezahlt, do. ausländischer 205—247 Mark bezahlt und Br. — Roggen per 1000 Kilogramm Netto still, loko hiesiger 185—190 Mark bezahlt, dito ausländischer 178—184 Mark bezahlt u. Brief. — Gerste per 1000 Kilo Netto loko 165—185 M. bez., do. Futter 140—150 M. Br., do. Chevalier 190—205 M. bez., do. fremde — M. bez. — Malz pr. 50 Kilo Netto loko schles. 13,50—14 M. bez. u. Br., do. Saal- 14,50—15 M., do. Schkeuditz —. — Hafer pr. 1000 Kilo Netto loko offiziell 162—170 M. bez., do. russischer — Br. — Mais pr. 1000 Kilo Netto loko amerik. 156 M. bez. und Br., do. ungar. — M. bez., do. rumänischer 156 Mark bez. u. Br., pr. Februar-März neuer 153 M. bez., 153—154 M. Br. — Wicken pr. 1000 Kilo Netto loko 165—170 M. Br. — Erbsen pr. 1000 Kilo Netto loko große 235—245 M., do. kleine 176—185 M. bez., do. Futter- 155—160 M. bez. — Bohnen pr. 100 Kilo Netto loko 20—25 M. bez. u. Br. — Lupinen pr. 1000 Kilo Netto loko — Mark. Oelsaat pr. 1000 Kilo Netto Raps nach Qualität — Mark. — Rübsen — Mark. — Oelkuchen pr. 100 Kilo loko hiesiger fehlen. — Rüböl rohes pr. 100 Kilogr. Netto ohne Faß ruhig, loko 56,50 Mark bez., per Februar-März 56,50 Mark Brief. — Leinöl per 100 Kilogramm Netto ohne Faß — Mark bezahlt. — Mohnöl per 100 Kilogr. Netto ohne Faß loko hiesiges 130 M. bez. und Brf., do. ausländisches 83 Mark Br. — Kleesaat per 50 Kilogramm Netto loko weiß nach Qualität 40—66 Mark, do. roth 45—54 M., do. schwed. 35—70 M., hochfeine höher. — Spiritus per 10,000 Liter % ohne Faß unverändert, loko 48,50 M. G., — den 6. Februar loko 48,50 M. G. — Weizenmehl per 100 Kilo excl. Sack Nr. 00. 33 Mark, Nr. 0. 31,50 Mark, Nr. 1. 29 Mark, Nr. 2. 23 Mark. — Weizenschaale per 100 Ko. exkl. Sack 10,50 bis 11 M. — Roggenmehl per 100 Kilo exkl. Sack Nr. 0 und Nr. 1. 25,50—26 Mark im Verband, Nr. 2. 18 M. — Roggenkleie per 100 Kilo exkl. Sack 13 — 14 Mark. Preise verstehen sich erste Kosten exclusive Courtage, Spesen 2c.

Vermischtes.

* **Ein lokales Ereigniß** von den Verhältnissen angemessen, annähernder Bedeutung, wie das der Eröffnung der Stadtbahn, war am 24. Dezember des Jahres 1739 die Inbetriebsetzung der ersten Droschken (Fiakres) in Berlin. Die Sänften reichten für die wachsende Ausdehnung der Stadt nach dem Fall der alten Umwallung nicht mehr aus. König Friedrich Wilhelm I., sonst in allen Dingen sparsam, gab, wo es ein wirklich öffentliches Interesse galt, doch die Summe von 1350 Thalern zum Bau von 15 Stück Wagen her, die olivenfarbig gestrichen, mit schwarzem Lederverdeck versehen, mit grauem Tuch gepolstert und am hintern Wagenkasten weiß nummerirt waren. Die Wagen hießen Schwimmerwagen, weil der Kasten zwischen den Bäumen gewissermaßen in den Riemen schwamm, und waren viersitzig. Der Kutscher saß auf hohem Bock, der mit einer schwarzen Wachsleinwanddecke behängt war. Vom 24. Dezember ab mußten die Kutscher vier Wochen Probe fahren, um die praktischen Ergebnisse der Fahrtaxe festzustellen. Bis ultimo Dezember ergab die Prüfung allerdings ein sehr ungleiches Resultat, wohl nach den bessern und schlechteren Plätzen. Die Einnahmen variirten von 4 Groschen bis 1 Thaler 16 Groschen. Halteplätze waren: Am Dom für 4, beim Gouverneurhause für 3, bei dem markgräflichen Palais in der Neustadt für 2, bei der Pyramide auf der Potsdamschen Straße für 2, auf dem Wilhelmsplatze für 2 und beim Kollegenhause für 2 Fiakres. Die Wagen mußten im Sommer von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends, im Winter von 7 Uhr Morgens ab auf den öffentlichen Plätzen bereit stehen. Die Taxe betrug für eine Tour innerhalb des Stadtwalles 4 Groschen, nach den Bauten außerhalb des Walles 5 Groschen, für Zeitfahrten auf die erste Stunde 6 Groschen, für die folgenden je 4 Groschen. Unter dem 16. Januar 1740 erschien für die Fiakres ein besonderes Reglement und es wurde für das Fiakre-Fuhrwesen eine Gesellschaft von 15 Fuhrleuten privilegirt. Außer Ihnen durfte Nie-

mand Wagen touren- oder stundenweise vermiethen. Sehr praktisch war die Androhung von Festungsstrafe für den Fall, daß ein Fiakre-Kutscher Kranke oder Leichen fahren sollte. Unter dem 15. Juni 1758 erhielten die Fiakres eine neue Taxe, da sich Berlin bedeutend erweitert hatte. Im Jahre 1784 begann es jedoch mit den Fiakres bergab zu gehen und 1795 entschlief das Institut selig, da die Miethswagen eleganter waren und für dieselbe Taxe fuhren. — Im Jahre 1814 erstanden die Fiakres erst wieder von Neuem in der Gestalt der Droschken nach russischem Vorbilde.

Briefkasten.

No. 2387 **M. B.** Ihr Schreiben erhielten wir am 9. d. M. Morgens, als die No. 100 der „Pos. Ztg." bereits erschienen war; selbstverständlich war es also nicht möglich, Ihre Frage in No. 96 zu beantworten. Wir können Ihnen nur den Rath ertheilen, sich persönlich und ganz ohne falsche Scheu an einen tüchtigen Arzt zu wenden, und sich nicht etwa auf die Ertheilung brieflichen Rathes einzulassen. Allgemeine Regeln für Behandlung von Krankheiten giebt es nicht; jeder einzelne Fall will vielmehr, je nach den Ursachen der Krankheit und nach der Individualität des Kranken, behandelt werden; dazu aber ist eine genaue persönliche Prüfung des einzelnen Falles durch den Arzt erforderlich. Briefliche Mittheilungen eines Kranken über seinen Zustand nützen dem Arzte gar nichts, da der Laie diesem meistens Mittheilungen macht, die für den Arzt bedeutungslos sind, dagegen Krankheits-Erscheinungen, auf welche der Arzt Werth legt, übersieht.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. —
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

P. P.

Die in jüngster Zeit immer mehr hervortretende Nothwendigkeit einer Erweiterung des Absatzgebietes für die Erzeugnisse der Deutschen Industrie hat den Vorstand des Zentralvereins für Handelsgeographie und Förderung Deutscher Interessen im Auslande zur Begründung des

Deutschen Handelsgeographischen Museums zu Berlin

veranlaßt, welches laut beigegebenen Satzungen hauptsächlich der Ausfuhr deutscher Waaren, sowie der direkten Einfuhr überseeischer Rohprodukte förderlich sein soll.

Aehnliche Museen, welche in London, Wien, Brüssel u. s. f. bestehen, haben bereits die günstigsten Erfolge zu verzeichnen.

Die bei anderen Nationen jetzt ebenfalls stark hervortretenden Bemühungen zur Hebung ihrer eigenen Produktion und ihres eigenen Ausfuhrhandels legt den deutschen Industriellen und Exporteuren die Pflicht auf, das bereits eroberte Terrain energisch zu behaupten, umsomehr, da viele Länder bestrebt sind, die bisher von Deutschland bezogenen Waaren fernerhin selbst zu erzeugen.

Ein rasches Handeln auf der bezeichneten Bahn ist daher dringend geboten, und je früher das Deutsche Handelsgeograpische Museum in die Lage gesetzt wird, eine nutzbringende Thätigkeit zu entfalten, desto eher können dem Handel und der Industrie Vortheile hieraus erwachsen.

Mit besonderer Genugthuung dürfen wir bereits mittheilen, daß von Seiten des Auswärtigen Amtes, sowie der Kaiserlichen Admiralität unsere Bestrebungen sich einer höchst wirksamen Unterstützung erfreuen, indem sowohl den deutschen Konsulaten im Auslande, als auch den Vertretern der Kaiserlichen Marine die Förderung des deutschen Handelsgeographischen Museums zu Berlin auf amtlichem Wege anempfohlen worden ist!

Um ein rasches Zustandekommen dieses Unternehmens zu ermöglichen, bedarf es aber nicht minder der moralischen und materiellen Unterstützung aller Interessenten des Handels und der Gewerbe.

Wir erlauben uns daher auch an Sie, hochgeehrter Herr, die Bitte zu richten, dem Deutschen Handelsgeographischen Museum als Mitglied beizutreten, bez. etwa in Ihrem Besitz befindliche und für genannte Zwecke geeignete Gegenstände, sowie Ausstellungs-Schränke aller Art uns zur Verfügung zu stellen. Wir bemerken gleichzeitig, daß es von hohem Werthe sein wird, wenn Sie Ihre Handelsartikel und Industrie-Erzeugnisse in den verschiedenen Entwickelungsstadien, nebst den hierzu erforderlichen Rohstoffen, in belehrender Weise zusammengestellt, dem Museum überweisen. Sehr dankenswerth würde es sein, wenn die Herkunft der Rohstoffe, sowie deren Eigenart hierbei besonders hervorgehoben werden könnte.

Auf diese Weise würde in verhältnißmäßig kurzer Zeit durch die Mithilfe Vieler, die ein wahres Interesse an der Förderung unserer nationalen Arbeit haben, ein Werk geschaffen werden, welches dem deutschen Gewerbefleiße zum dauernden Vortheile gereichen muß! Berlin, im Januar 1882.

Hochachtungsvoll

Deutsches Handelsgeographisches Museum.

Martin Schlesinger, Vorsitzender. R. Gellert.
Dr. O. Kersten. E. Braß. Kapit.-Lieutn. v. Ehrenkrook.
Direktor Alexis Riese.

Zentralverein für Handelsgeographie rc.

Dr. R. Jannasch, Vorsitzender. Dr. Henry Lange.
Konsul C. Gärtner. William Schönlank.
Kapitän-Lieutenant Darmer. Dr. J. Falkenstein.

Zweigvereine des Zentralvereins für Handels-Geographie rc.

Ernst Hasse, Vors. des Zweigvereins Leipzig.
Dr. Carl Martin, Vors. des Zweigvereins Jena.
Prof. Dr. Rein, Vors. des Zweigvereins Marburg i. B.

Obigen Aufruf unterstützen:

Franz Arndt, Geh. Kommerzienrath. Prof. P. Ascherson, Kustos am Königl. Botanischen Museum. Professor A. Bastian, Direktor im Königl. Museum. Theodor von Bunsen, Generalkonsul a. D. Brasch & Rothenstein, Spediteure. Prof. Dr. Wilh. Hartmann. Dr. phil. F. Jagor. Dr. Jacobi, Unter-Staatssekretär a. D. Georg Joachimsthal, in Firma Joachimsthal u. Co. Julius Kauffmann, Kommerzienrath. Karl Keferstein, Kaufmann. G. Keibel, Geh. Kommerzienrath. Fritz Kühnemann, Kommerzienrath. Dr. H. Kuhnheim, Konsul. Dr. Georg Kurs, Geh. Kanzleirath a. D. Hugo, Lissauer, Präs. der vereinigten Kaufleute u. Industriellen. Prof. Dr. Magnus. Dr. G. Nachtigal, Präs. der Gesellschaft für Erdkunde und der Afrikanischen Gesellschaft in Deutschland. Prof. Dr. Albert Orth. Prof. F. Reuleaux, Geh. Regierungsrath. Freiherr v. Schleinitz, Kapitän z. S. und Vorst. des Hydrographischen Amts d. Kaiserl. Marine. Edmund Schlicke, Aeltester der Kaufmannschaft. Dr. Georg Siemens, Direktor der Deutschen Bank. Prof. Dr. H. W. Vogel. B. W. Vogts, Präs. der vereinigten Kaufleute und Industriellen. S. Weigert, Kommerzienrath. Dr. J. G. Wetzstein, Konsul. Prof. Dr. L. Wittmack, Kustos des Königl. Landw. Museums. Dr. Edelmann, Direktor des statist. Bureau der Stadt Dresden. John Gibsone, Kommerzienrath in Danzig. H. Gruson, Kommerzienrath in Buckau. Dr. Hartig, Regierungsrath und Professor am Königl. Polytechnikum in Dresden. Oscar v. Hoffmann, Leipzig. Holtzweißig & Co., Porto Alegro. Holtzweißig, Breyer & Co., Rio Grande do Sul. J. Rech, Exporteur, Hamburg. C. Ochsenius, Konsul, Marburg. v. Schenkendorf, Direktions-Rath a. D., Görlitz. Th. Weber, Konsul, Hamburg.

Steckbrief.

Gegen den Fleischer **Roman Piotrowski** aus **Posen**, 30 Jahre alt, katholisch, welcher flüchtig ist, ist die Untersuchungshaft wegen Diebstahls verhängt.

Es wird ersucht, denselben zu verhaften und in das Gerichtsgefängniß zu **Posen** abzuliefern. (D. 36/82.)

Posen, den 6. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.

Die im Gemeindebezirke Brody, Buker Kreises belegenen, den Probsteipächtern **Josef** und **Eustachia** geb. **Brukarzewicz-Sikorski**'schen Eheleuten zu Brody gehörigen bäuerlichen Grundstücke:

1. Brody Grundbuch-Nr. 6, welches bei einem Flächeninhalte von 4 Hekt. 64 Ar 10 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 31 Mk. 29 Pf. veranlagt ist;
2. Brody Grundbuch-Nr. 49, welches bei einem Flächeninhalte von 6 Hekt. 64 Ar 90 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 20 Mk. 97 Pf. veranlagt ist;
3. Brody Grundbuch-Nr. 63, welches bei einem Flächeninhalte von 5 Hekt. 48 Ar 90 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 58 Mk. 05 Pf. veranlagt ist;
4. Brody Grundbuch-Nr. 98, welches bei einem Flächeninhalte von 2 Hekt. 28 Ar. 60 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 14 Mk. 31 Pf. veranlagt ist;

welche 4 Grundstücke jedoch sämmtlich zur Gebäudesteuer nicht veranlagt sind, sowie ferner die Grundstücke:

5. Brody Nr. 14, welches bei einem Flächeninhalte von 9 Hekt. 96 Ar 90 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 52 M. 20 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 396 M. und endlich
6. Brody Nr. 43, welches bei einem Flächeninhalte von 10 Hekt. 24 Ar 60 Quadratmeter mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 69 M. 33 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 36 Mk. veranlagt ist;

diese Grundstücke sollen behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 22. Febr. 1882,

Vormittags 10 Uhr,

im Lokale des Gastwirths Schwarz zu Brody versteigert werden.

Pinne, den 6. Januar 1882.

Königl. Amtsgericht.
Abtheilung II.

Das in der Gemeinde Ludwikow unter Nr. 8 belegene, den **Egidius** und **Antonina** geb. **Szeszewska-Pawlak**'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 2 ha 56 a 30 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 4 Mark 84 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 24 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 20. März 1882,

Vormittags um 9 Uhr,

im hiesigen Gerichtsgebäude versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblatts von dem Grundstücke und alle sonstigen, dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Königlichen Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlages wird in dem auf

den 21. März 1882,

Mittags um 12 Uhr,

im Gerichtsgebäude anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Adelnau, den 13. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in Susnia, Kreis Krotoschin belegene, unter Nr. 2 im Hypothekenbuche eingetragene, den Wirth **Joseph** und **Antonina** verwittwet gewesenen **Lulkiewicz-Pawlicki**'schen Eheleuten gehörige Grundstuck, welches mit einem Flächeninhalte von 14 ha 56 a 60 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuerreinertrage von 187,77 Mark und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 105 M. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 27. März 1882,

Vormittags um 9 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 19 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstücke und alle sonstigen, das Grundstück betreffende Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können im Bureau des unterzeichneten Kgl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Sprechstunden Vormittags von 11 bis 1 Uhr eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine bei Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 27. März 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 19 anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Krotoschin, den 19. Jan. 1882.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Bieganin belegene, im Grundbuche von Bieganin Dorf Band 1 Blatt 46 seqq. eingetragene, dem **Wawrzyn Karulewski**, welcher mit **Anna** geb. **Szczurek** in Gütergemeinschaft lebt, gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalte von 6 ha 64 a 90 qm der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrage von 73,29 M. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 45 M. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhastation

den 25. Februar 1882

Vormittags um 10 Uhr,

im Lokale des Amtsgerichts Pleschen versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes und alle sonstigen das Grundstück betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei Abth. III des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Grundbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungs-Termine zur Vermeidung der Präklusion anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

den 25. Febr. 1882,

Vormittags um 11½ Uhr,

im Geschäftslokale des Amtsgerichts Pleschen anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Pleschen, den 31. Dezbr. 1881.

Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Betsche belegene, im Grundbuche von Betsche Blatt Nr. 20 Band 1 Seite 341 seqq. auf den Namen der Ackerbürger **Ernst** und **Wilhelmine Karoline** geb. **Köhler-Unrath**schen Eheleuten eingetragene Grundstück, welches zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerthe von 234 Mark veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhastation

den 24. April 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im Lokale der Gerichtstagskommission zu Betsche versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle, die beglaubigte Abschrift des Grundbuchblattes von dem Grundstück u. alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zu stellenden besonderen Verkaufs-Bedingungen können in der Gerichtsschreiberei des unterzeichneten Königl. Amtsgerichts, Zimmer Nr. 17/18, während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenthumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Realrechte, zu deren Wirksamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beschluß über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Dienstag,

den 25. April 1882,

Vormittags um 11 Uhr,

im Gerichtsgebäude anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Meseritz, den 25. Januar 1882.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Die Subhastation des **Joseph Sikorski**'schen Grundstücks **Brody** Nr. 35, sowie die Termine vom 15. und 17. Februar 1882 werden hierdurch **aufgehoben.**

Pinne, den 7. Februar 1882.

Königl. Amtsgericht.
II. Abtheilung.

Die nothwendige Subhastation des den Wirth **Paul** und **Agnes** geb. **Czwojdrak-Nowak**'schen Eheleuten zu Gembice gehörigen Grundstücks Potarzyce Nr. 51 ist aufgehoben und fallen die auf den 6. und 7. März 1882 anberaumten Termine weg.

Gostyn, den 30. Jan. 1882.

Königl. Amtsgericht.

Die Subhastation der den Erben des Schuhmachers **Alexius Chmielewski** gehörigen Grundstücke Kurnik Nr. 196 und 213 und die am 28. Februar und 1. März d. J. anstehenden Termine werden aufgehoben.

Schrimm, den 28. Jan. 1882.

Königl. Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Behufs öffentlicher Vergebung der Lieferung von **Gogolin'er Kalk,** sowie der **Nadler-** und der **Töpferarbeiten** für das Etatsjahr 1882/83, ist auf

Mittwoch, d. 22. Febr. cr.,

Vormittags 10 Uhr,

Termin im **Festungs-Bauhofe** — Magazinstraße 7 — anberaumt.

Die Bedingungen können vorher im Fortifikations-Bureau — Magazinstraße 8 — eingesehen werden.

Posen, den 9. Februar 1882.

Königl. Fortifikation.

Das Rittergut **Międzylisie,** Poststation **Janowitz** Provinz **Posen,** Kreis **Wongrowitz,** mit einem Areal von 1895½ Magdeb. Morgen, dessen Grundsteuer Reinertrag 6834 Mark beträgt, soll vom derzeitigen Besitzer

zum 1. Juni d. J.

auf 15 Jahre meistbietend verpachtet werden. Das Areal besteht aus:

		Magdb. Morgen	
1)	Ackerland	1510, 18	□Rth.
2)	Wiesen	233,147	„
3)	Hutung	119, 59	„
4)	Wege	70,151	„
5)	Obstgarten	6,132	„
6)	1 Hube	44, —	„
7)	Unland	10,124	„
	Summa	1895, 91	□Rth.

Die näheren Bedingungen sind jederzeit in **Międzylisie** zu erfahren, oder gegen 2 Mk. Copialien in Empfang zu nehmen. Zur Uebernahme sind ca. 60,000 Mark erforderlich. Der Versteigerungstermin ist auf

den 27. März cr.,

in **Wongrowitz** festgesetzt.

Louis Ritscher.

Pachtgesuch.

Ein Wirthschafts-Beamter, der bereits eine längere Reihe von Jahren als solcher konditionirt und ein Baarkapital von 10,000 Mark besitzt, sucht zwecks Begründung eines eigenen Hausstandes, eine dem obigen Kapital entsprechende Pachtung eines Landgütchens, belegen in der Provinz Posen. Besitzer, welche auf Obiges reflektiren, belieben ihre Offerten an **Th. Hoffmann's** Buchdruckerei in **Ostrowo** zu adressiren.

Wir ermächtigten

Herrn S. A. Krueger in Posen,

für uns Anträge auf hypothekarische Darlehne entgegenzunehmen.

Berlin, im Februar 1882.

Deutsche Hypothekenbank.

(Aktien-Gesellschaft.)

Uebersicht der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen am 7. Februar 1882.

Activa: Metallbestand Mark 595,990, Reichskassenscheine M. 2795, Noten anderer Banken M. 36,200, Wechsel M. 4,929,025, Lombardforderungen M. 1,365,300, Sonstige Aktiva M. 471,330.

Passiva: Grundkapital Mark 3,000,000, Reservefonds M. 750,000, Umlaufende Noten M. 1,562,400. Sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 178,305. An eine Kündigungsfrist gebundene Verbindlichkeiten M. 1,590,000. Sonstige Passiva M. 271,865. Weiter begebene im Inlande zahlbare Wechsel M. 361,870.

Die Direktion.

Ausverkauf einer großen Baumschule.

Die bedeutenden Bestände einer großen Baumschule, bestehend in Alleebäumen, Coniferen, Blüthensträuchern aller Art und Größe, sollen Familienverhältnisse wegen unter sehr günstigen Bedingungen verkauft werden. Bei Abnahme großer Posten werden besondere Vortheile gewährt.

Schriftliche Offerten unter B. 669 an Rudolf Mosse, Breslau, erbeten.

Zur Verglasung von Bauten

empfehlen wir uns unter billiger und reeller Bedienung.

M. Nowicki & Grünastel,

Tafelglashandlung und Glaserei,

Jesuitenstraße 5.

NB. Glas in Kisten billigst.

Den geehrten Konsumenten der Stadt und Provinz hält ihre

Dampf-Mehl-Fabrikate

in vorzüglicher Qualität bestens empfohlen

die Bahnkunstmühle

Gebr. Silberstein, Posen,

Comtoir: Krämerstr. 17.

Wir wünschen am hiesigen Platze einige

Mehlniederlagen

zu errichten und bitten Bewerber, sich zu melden.

Gebr. Silberstein,

Bahnkunstmühle,

Comtoir: Krämerstr. 17.

Cotillon- Gegenstände, Touren, Orden, Mützen, Masken, Attrapen etc., empfiehlt die Fabrik von **Gelbke & Benedictus, Dresden.**

Illustrirte Preiscourante gratis und franco.

Preußische Lotterie-Original-Loose

1. Klasse 166. Pr. Lotterie (Ziehung: 18. u. 19. April 1882) inclusive Reichsstempelsteuer: ½ 85 Mk. 24 Pf., ¼ 42 Mk. 62 Pf. (Preis für alle 4 Klassen: ½ 154 Mk., ¼ 77 Mk.), sowie kleinere Antheile an Original-Loosen pro 1. Klasse: ⅛ 6, 1/16 3, 1/32 1,50 Mk. (Preis für alle 4 Klassen: ⅛ 31, 1/16 16 Mk. 50 Pf., 1/32 7 Mk. 75 Pf.) versendet gegen baar **Carl Hahn in Berlin S.** Alexandrinenstr. 66.

Preußische Original-Loose kauft

zur 1. Klasse 166. Lotterie kauft mit hohem Aufgeld und bittet um Offerten **Carl Hahn in Berlin S.** Alexandrinenstr. 66.

Parfüms,

in Flaschen und ausgewogen, empfiehlt

Gustav Ephraim.

Gutes Lupinen-Heu steht in **Neudorf bei Schwersenz** zum Verkauf.

Eine fast **neue,** noch wenig **gebrauchte Matzes-Maschine** und **Matzes-Mahlmühle,** nach neuester Konstruktion, soll preiswerth verkauft werden. Reflektanten wollen sich gefälligst melden bei

Pincus Sußmann,

in **Labes** in Pommern.

Zander, lebend, sowie Hechte, Karpfen, Welse, Aale rc. sind immer bei mir zu haben.

Jeden Freitag werde Welse pfundweise verkaufen. Die Fischhandlung

Ww. E. Palczewska.

Altes Zinn

wird zu höchstem Preis gekauft. Adr. T. K. 282 **Haasenstein und Vogler, Leipzig,** erbeten.

---

30 Mark zahle für jedes ¼ Loos I. Klasse Pr. Lotterie. Nachnahme. **Kroch** in **Breslau,** Roßmarkt 13.

Für die Herren

Schul-Inspektoren!

Die

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(E. Röstel)

Posen

hält **Zeugnisse** und **Zeugniß-Albums** laut Vorschrift des Amtlichen Schulblattes zu folgenden Preisen vorräthig:

Zeugnisse auf ff. Kanzlei-Papier, à Buch 0,75 M.

Zeugniß-Albums in festem dauerhaften Einband:

300 Seiten enthaltend 4,75 M.

600 „ „ 7,00 „

Ein guter Plan.

OPTION. Umsatz von Fonds auf Option wirft häufig fünf- bis zehnmal das Anlagekapital in ebensovielen Tagen ab. Gedruckte Erklärung gratis. Adr. GEORGE EVANS & Co., Fondsmäkler, Gresham House, London E. C.

Zwei renovirte wenig gebrauchte

Halbwagen

stehen billig zum Verkauf bei

T. Grabowski,

Wagenbauer, Wilhelmsstr. 20.

Circa **100 Liter Milch** sind täglich zu vergeben. Näheres Breitestraße 12 beim Wirth.

Schwarze

Cachemir-Kleider,

neueste Façons, sehr billig, schon von 12 M. an, empfiehlt die Damenschneiderei **Wilhelmsstr. 18,** neben der Druckerei.

Kloaken-Gruben

werden kostenfrei entleert durch das

Dom. Piątkowo.

Meldungen beim Wirth, Breitestraße 12.

Ich empfehle mich dem Posener hochgeehrten Publikum als eine ausgezeichnete **Wäscherin.** Es wird angenommen feine und alle Sorten Wäsche, auch wollene Tücher und Decken. **K. Frankowska,** Mittelgasse Nr. 36, 3. St., in der **Freudenreich**'schen Essig-Fabrik.

Künstliche Zähne

werden zu herabgesetzten Preisen eingesetzt bei

S. Kaplan, Alter Markt 72.

Chirurgische Klinik

(auch für Blasenkrankheiten)

unentgeltlich täglich Vormittags von **8—10 Uhr.**

Privatim täglich Vormittags von **10—12** Uhr, Nachm v. **3—4** Uhr. Sonntags Nachm. keine Sprechst.

Dr. Friedrich Schäfer,

Breslau, Freiburgerstraße 9, II.

Für **Haut- u. Syphiliskranke**

Sprechst. Vorm. 10—12, Nachm. 2—4

Breslau, Gartenstr. 33a.

Dr. Hönig, **Spezialarzt und Dirigent** der vom Staate konzessionirten Klinik Kaiser-Wilhelmstraße 6.

Markt 61

eine große vollständig renovirte Wohnung zu verm.

---

1 möbl. Parterre-Zimmer zu verm. **Petristr. 6.**

St. Martin 3, 4 Zimmer, Küche u. Nebengel. II. Et. v. 1. April zu verm. Näh. St. Martin 56.

Eine Wohnung

von 2 Zimmern, Kabinet, Küche, Boden- und Kellerraum wird zum 1. März cr zu miethen gesucht. Offerten mit Preisangabe werden bis zum 15. d. M. in der Expedition dieser Zeitung unter Chiffre A. Z. erbeten. Miethszahlung pränumerando bei einmonatlicher Kündigung.

Eine

herrschaftl. Wohnung

St. Martinstr. 18 sofort zu verm. Näh. daselbst I. Etage links

---

Ich beabsichtige vom 1. April d. J. meinen am Markt in bester Lage befindlichen Laden nebst angrenzender bequemer Wohnung, sich zu jedem Geschäfte eignend, zu verpachten.

Adolf Salomon,

Pudewitz.

Ein nicht zu junges, anspruchsloses Mädchen, mos., von außerhalb, wird für eine alte Dame zur Stütze im kleinen Haushalt per 1. März gesucht. Franko-Offerten W. 100 postlagernd **Posen.**

Ein jüd. Mädchen aus anst. Fam., m. g. Zeugn., der poln. Sprache mächt., sucht p. sof. Stellung im Schankgesch. als Verkäufer oder Wirthschafterin. Off. erbeten unter Chiffre R. 30 a. d. Central-Bureau **Breslau,** Nikolaistr. 79.

Ein älterer **Rittergutspächter,** akademisch gebildet, in Niederschlesien, **sucht** für Anfang April cr. bei mäßiger Pension einen **Wirthschaftseleven.** Näheres sub **D. W. 6** durch **Rudolf Mosse, Gr. Glogau.**

Für eine alte Dame wird ein Mädchen, jüd. Conf., welches die Küche gut versteht, gleichzeitig als Gesellschafterin zu fungiren hat, gew.

M. Reisner sen.,

Schrimm.

Eine **gesunde Amme** wird gesucht. Näh. bei **Gebr. Jacoby,** Markt 77.

Zum bevorstehenden Quartalswechsel sind recht brauchbare **Wirthschafterinnen,** wie gut empf. **Mädchen** jeder Art, zu haben, bei

Frau **Caarth,** Wilhelmsstr. 20.

Ein tüchtiger Böttcher,

welcher auch das Pichen von **Lagerfässern gründlich** versteht, findet in einer größeren Brauerei, als erster Böttcher, dauernde Stellung.

Offerten befördert die Expedition d. Ztg. unter Chiffre **K. K.**

Ich suche für mein Kolonialwaarengeschäft einen **tüchtigen Commis** zum baldigen Antritt.

Wilhelm Krueger,

Gnesen.

Zur Fortführung meines Haushalts mit 4 Kindern unter 14 Jahren suche ich zum 1. April cr. eine **Wirthschafterin** gesetzten Alters, evangelischer Confession. Gehalt nach Uebereinkommen. Persönliche Vorstellung erwünscht.

Grätz, Februar 1882.

Habeck, Brauereibesitzer.

Ein j. Kaufmann, der doppelten Buchführung firm, sucht für einige Stunden täglich Beschäftigung. Gefl. Offerten **A. A. 100** postlagernd.

Die hies. Kantor- u. Schlächt.-Stelle wird zum 1. Mai cr. vakant. Reflekt. wollen sich an den Vorstand der jüd. Corporation zu Klecko melden. Reisekosten werden nur Demjenigen vergütet, welcher die Stellung besetzt.

Der Vorstand.

Ein kautionsfähiger unverheir. **Brenner,** beider Sprachen mächtig, mit allen Zweigen der Jetztzeit vertraut, 23 Jahr alt, sucht von sofort oder 1. Juli Stellung.

Gef. Offerten **v. Wazinski,** Welna bei Rogasen.

Familien-Nachrichten.

Durch die Geburt eines kräftigen Knabens wurden hoch erfreut

Frankfurt a. M., den 7. Februar 1882.

J. Th. Zedner.

Hulda Zedner geb. **Nehab.**

Durch die glückliche Geburt eines Knaben wurden hoch erfreut.

Posen, den 9. Februar 1882.

Richard Wilke u. Frau, geb. **Borckert.**

Gestern Nachts starb nach längerem Leiden unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter

Johanna Bethke

geb. **Schwarzkopf**

im noch nicht vollendeten 80. Lebensjahre. Dies zeigen tiefbetrübt an

Die Hinterbliebenen.

Heute Nachmittags 2 Uhr verschied nach mehrmonatlichen schweren Leiden mein einzig geliebtes Weib, meine gute Mutter, unsere Tochter, Schwester, Schwägerin und Nichte, Frau

Sophie Schlimmer

geb. **Gutmacher**

im 28. Lebensjahre. Schmerzerfüllt widmen diese Mittheilung um stilles Beileid bittend

Obersitzko, den 8. Februar 1882.

Die Hinterbliebenen.

Statt jeder besonderen Meldung.

Heute Nachmittags 4 Uhr starb nach kurzem Krankenlager zu Schweidnitz unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, die verwittwete

Frau Doktor Michelsen

im 72. Lebensjahre.

Dies zeigt im Namen aller Hinterbliebenen an

Posen, am 8. Februar 1882.

Dr. Max Michelsen.

Handwerker-Verein.

Montag, den 13. Februar, Abends 8 Uhr:

Vortrag

des Herrn Landgerichtsrath

Brown:

Die Wiedergeburt der deutschen Volks-Lyrik.

Mitglieder mit Familie haben freien Eintritt gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Nichtmitglieder 50 Pf. pro Person.

Musik.-humorist. Gesellschaft.

Heute Abend:

General-Versammlung.

Oeffentliche Danksagung!

Der Ober-Cantor Herr **Noah Kulikow** aus **Kowno** hat am letzten Sonnabend den Gottesdienst in unserer Synagoge geleitet. Von dem Vortrage des Herrn Kulikow, und seiner musikalisch ausgebildeten ausdrucksvollen Helden-Tenor-Stimme waren die zahlreich Versammelten so begeistert, daß wir uns veranlaßt sehen, Herrn Kulikow öffentlich unseren Dank auszusprechen.

Obornik, den 9. Februar 1882.

Der Corporations-Vorstand.

J. Wreschner.

Ein schwarzer Dachshund

gestern verloren gegangen, ohne Halsband und Marke, auf d. N. Pfiffi hörend. Abzugeben Theaterstraße 4, III. Tr. rechts.

Bismarck-Tunnel.

Heute Abend 7½ Uhr:

Großes Extra-Frei-Konzert.

„Bock".

Versand hat begonnen.

Schloss-Brauerei Schwiebus.

L. Kramm.

Restaurant Kaiserhof,

Kleine Gerberstraße 4.

Sonnabend, den 11. Febr. cr.:

Maskenball mit und ohne Maske, wozu ergebenst einladet

Oscar Meyer,

J. Simon,

Friedrichsstraße 30.

Heute

Pökelfleisch, Erbsen und Sauerkohl.

Concert

zum Besten der hiesigen Diakonissen-Anstalt

am

Montag den 13. Februar d. J.,

Abends 7½ Uhr präzis,

im Lambert'schen Saale.

Programm:

1. Quintett in G-moll für 2 Geigen, 2 Bratschen und Cello, von **Mozart**
   Allegro — Menuetto — Adagio — Adagio, Allegro.
2. a) Die blauen Frühlingsaugen, Lied von **Franz.**
   b) Die Stille, Lied v. **Schumann.**
3. Arie der Elisabeth aus Tannhäuser von **Wagner.**
4. Liebeslieder von **Brahms.**
5. Bolero f. Clavier v. **Chopin.**
6. Von ewiger Liebe, Lied von **Brahms.**
7. Lied der Pagen aus den Hugenotten von **Meyerbeer.**
8. Quintett op. 114. (Forellen-Quintett) für Clavier, Geige, Bratsche, Cello und Baß von **Schubert.**
   Allegro vivace — Andante — Scherzo — Andantino mit Variationen — Allegro.

Preise: Numm. Sitzplatz 2 Mark., Stehplatz oder Balkon 1 „

Billets bei den Herren

E. Bote & G. Bock.

Stadt-Theater.

Freitag, den 10. Februar 1882:

Der Wildschütz.

Sonnabend, den 11. Februar 1882:

Der Nibelungen-Ring.

Ermäßigte Preise.

B. Heilbronn's Volks-Theater.

Freitag, den 10. Februar cr.:

Gastspiel

der drei Geschwister **Rommer,** genannt **„Schwäbische Singvögel".**

Schönröschen.

Komische Operette in 3 Akten.

Sonnabend, den 11. Februar cr.:

Großer Ball mit u. ohne Maske.

Auswärtige Familien-Nachrichten.

Verlobt: Frl. Clara Jacob mit Fuhrwerksbesitzer Theodor Schultze. Fräul. Rosa Daniel mit Hrn. Leopold Nothmann. Frl. Anna Liepmann mit Assessor Johannes Meyer in Berlin u. Dresden. Frl. Marie Sagert mit Juwelier Paul Trepplin. Frl. Margarethe Kramer mit Herrn Emil Pilger in Freienwalde a. O.

Verehelicht: Bürgermeister Paul Koslik mit Frl. Elly Müller in Jerichow.

Geboren: Ein Sohn: Herrn J. Harrwitz in Berlin. Fabrikant R. Gundelach in Berlin. Dr. Doebner in Hannover. Oberförster Neulich in Turawa. Oberst von der Lochau in Köln. — Eine Tochter: Herrn Hugo Heese in Berlin. Pfarrer Jungck in Corwesee.

Gestorben: Herrn A. Nolda Sohn Franz in Berlin. Verw. Frau Friederike Londa geb. Blume in Berlin. Herr Albert Bellermann in Charlottenburg. Verw. Frau Henriette Reim geb. Heidecke in Berneuchen i. N. Dr. Max Schultze in Schloß Pretzsch a. E. Oberstabsarzt II. Klasse Dr. Walter Zimmer in Mainz. Gutsbesitzer Michael Schopnauer in Tannsee. Finanzrath Karl Walter in Freiburg. Frau Eva Wilhelmine von Below geb. Freiin von Stackelberg in Saleske. Frau Marie Bender geb. Göllner in Hagenau i. E. Herrn von Platen Tochter Anna in Kartzitz bei Patzig auf Rügen.

Für die Inserate mit Ausnahme des Sprechsaals verantwortlich der Verleger.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.